

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

SCHWERPUNKT
SMART VILLAGE

Das digitale Dorf der Zukunft

BEST-PRACTICE-BEISPIELE

Daten als Schlüssel
zur effizienten Gemeinde

BELEUCHTUNG

Wenn der
Lichtmast mitdenkt



Niederösterreich sucht besondere Bauwerke.

Qualitätskriterien:

- Qualität der handwerklich-technischen Leistungen
- zeitgemäße Planung, Gestaltung und Objektumsetzung
- ökologische und nachhaltige Bauweise
- wirtschaftliche, nutzungsorientierte Funktionalität

Das Land Niederösterreich und die Landesinnung Bau NÖ als Auslober laden zur Teilnahme an der Vergabe des NÖ Baupreises ein. Der NÖ Baupreis wird für in Niederösterreich ausgeführte Bauvorhaben vergeben. Alle Infos & Unterlagen finden Sie im Internet: www.baupreis-noe.at

SCHWERPUNKT
SMART VILLAGE

© kuoret - stock.adobe.com

Sensoren, KI, smarte Beleuchtung oder intelligente Mobilität – Praxisbeispiele zeigen, wie Gemeinden mit digitalen Lösungen effizienter werden.

04 Daten als Schlüssel zur effizienten Gemeinde

Best-practice-Beispiele zeigen, was möglich ist

08 Straßenbeleuchtung

Wenn der Lichtmast mitdenkt

12 Boden

Transparenz für Leerflächen

14 Intelligente Müllabfuhr

KI als Treiber der grünen Transformation

16 Einkaufen

Digital. Lokal. Lebensnah: Die Zukunft der Nahversorgung



© Gemeinde Waltsch-Sindelsburg

18 Gemeinschaftsinitiativen

Mobilität durch Technik und Gemeinschaft stärken



© Verein Emil

20 Ärztliche Versorgung

Was Telemedizin leisten kann – und was nicht

22 Clever Bezahlen

Mit dem digitalen Euro bares Geld sparen

AUS ERSTER HAND

DER WEG ZUM DIGITALEN DORF BEGINNT JETZT



Das digitale DORF der ZUKUNFT – daran arbeiten wir in unseren Gemeinden täglich. Aber was auf den nächsten Seiten sehr „smart“, völlig „easy“ und auf den Bildern freudestrahlend „problemlos“ aussieht, hatte zuvor oft einen Weg voller Hürden und Stolpersteine. Und dieser Weg der Digitalisierung ist auch noch lange nicht vorbei, er hat vielmehr erst begonnen. Wie wir den Digitalisierungsweg einfacher machen können, dazu einige Hinweise:

- **Daten jagen und sammeln.** Denn Daten sind das Um und Auf. Insofern ist die Verfügbarmachung für unterschiedlichste Anwendungen wesentlich. Die besten Programme können ohne Datengrundlagen nicht arbeiten und die beste KI liefert ohne gute „Zu-Daten“ nur „Schmarrn“. Eine neue „Urzeit“ des Jagens und Sammelns von Daten wird notwendig sein.
- **Ideen, die pfeifen und querdenken.** Denn einfach nur Bestehendes zu digitalisieren ist „oldschool“. Es braucht auch neue Ideen, es braucht „Querdenken“ und „Verschneiden“. Am Beispiel „Freiwilligenrufbusse“ sieht man das sehr schön. Fahrten nach Termin zu disponieren war bekannt, aber „Freiwillige“ dazu digital einzuteilen, bislang nicht. Die Kombination von beidem minimiert den Organisationsaufwand im Hintergrund und bietet eine umfassende Transportleistung für Ältere und Menschen mit Beeinträchtigung an.
- **Sicherheit von Anfang an.** Denn ohne Vertrauen in neue Techniken werden diese nicht angenommen. Darum sind neue Projekte besonders angehalten, von Anfang an hochsicher zu sein. Denn das erste Negativbeispiel kann Innovation auf Jahre hinauszögern und ohnehin Vorsichtige noch „vorsichtiger“ machen. Und wo's wirklich einmal das Risiko braucht, dort ist das von Anfang an klar zu kommunizieren – ganz im Sinne einer bestmöglichen Fehlerkultur.
- **Was nichts nützt, ist nichts wert.** Jedes Digitalisierungsprojekt muss Nutzen stiften, es muss eine Tätigkeit leichter machen, eine Lösung einfacher, eine Unterstützung besser. Dann wird sie angenommen. Punktum.
- **Digitalisierung darf den Konflikt nicht scheuen.** Weil sie nämlich nicht nur langsam und bedächtig daherkommt, sondern auch disruptiv sein kann. Und alles, was Angst auslöst – beispielsweise um den Job, vielleicht auch das bisherige Geschäftsmodell – wird abgelehnt oder sogar bekämpft.

Am Ende ist die Digitalisierung unausweichlich. Je eher wir sie proaktiv angehen, umso eher werden wir sie auch Menschen angepasst und produktiv für unsere Dörfer, Gemeinden und Städte nutzen können. Danke, dass du dich dafür interessierst. Bitte aber auch, dass du dich in deinem Bereich dafür weiter engagierst. Alles Gute und eine spannende Lektüre mit dieser zukunftsweisenden NÖ Gemeinde!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT

Daten als Schlüssel zur effizienten Gemeinde

Ob Wasserverluste, Veranstaltungsorganisation oder Grünraumpflege – immer mehr Gemeinden setzen auf datengestützte Lösungen, um Ressourcen zu schonen und Kosten zu senken. Beispiele zeigen: Wer Daten gezielt erhebt und nutzt, kann Abläufe spürbar verbessern – und schafft echten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger. Digitalisierung in Gemeinden beginnt oft im Kleinen – bei einem Sensor im Boden oder einem Zähler im Wassernetz. Doch die Wirkung ist beachtlich: Weniger Wasserverlust, geringere Stromkosten, effizientere Abläufe. Viele Gemeinden zeigen bereits, wie sich durch gezieltes Datenmanagement konkrete Einsparungen erzielen und gleichzeitig die Lebensqualität steigern lassen. Entscheidend ist dabei nicht die Technik allein, sondern der Wille, bestehende Prozesse grundlegend zu hinterfragen.

✎ VON HELMUT REINDL

Laab im Walde

Weniger Wasserverbrauch durch Datenanalyse

Die Gemeinde Laab im Walde betreibt auf ihrem Internetauftritt ein Dashboard, um den Wasserverbrauch zu überwachen und zu regulieren. Mit wenigen Klicks erhält man einen Überblick über den Gesamtverbrauch oder den Verbrauch in den einzelnen Haushalten. Das gesamte Ortsgebiet wurde in Zonen eingeteilt, und diese Zonen wurden Wasserzählern zugeordnet. So kann der Wasserverbrauch mit der eingespeisten Wassermenge verglichen werden und man erhält eine Übersicht, wie die Verbräuche in den einzelnen Zonen aussehen. Wenn über einen Zeitraum von 48 Stunden ungewöhnlich viel Wasser verbraucht wird, erhält die Gemeinde automatisch einen Alarm, denn ein hoher Verbrauch deutet häufig auf ein Leck hin.

Die betroffenen Haushalte werden dann kontaktiert und können nachschauen, ob es etwa einen Rohrbruch gibt. „Das schützt die Bürgerinnen und Bürger vor hohen Rechnungen und die Gemeinde vor Ausgaben, denn bei sehr hohen Rechnungen muss man ja oft eine Kulanzregelung finden, und die Gemeinde bleibt dann zumindest auf einem Teil der Kosten sitzen“, erklärt Bürgermeister Peter Klar. „Wir hatten etwa den Fall einer Grundstücksbesitzerin, die den Wasserhahn bewusst



leicht geöffnet ließ, um die Leitung ‚durchzuspülen‘. Wenn sie das längere Zeit gemacht hätte, hätte das eine Wasserrechnung von rund 20.000 Euro verursacht. Durch das digitale Monitoring konnten wir rechtzeitig eingreifen. Digitalisierung bedeutet hier also nicht nur Technik, sondern auch Bewusstseinsbildung!“ Insgesamt ist es durch den Einsatz neuer Technologien gelungen, die Leckagen-Rate von 20 bis 30 Prozent auf bis zu 5 bis 10 Prozent zu reduzieren. Neben den massiven umwelttechnischen Vorteilen bei der Erkennung von Wasserverlust kann die Gemeinde somit Einsparungen von rund 100.000 Euro pro Jahr durch nicht versickertes Wasser erreichen. Auch konnten bereits rund 40 Rohrbrüche in privaten Haushalten verhindert werden.

Ausbau scheitert am Geld

Im Endausbau soll das Dashboard auch einen Überblick über die Stromversorgung und die Nutzung der Straßenbeleuchtung ermöglichen. Die Daten werden bereits erfasst und gespeichert, aber derzeit fehlen die finanziellen Mittel, um sie umfassend zu analysieren und visuell aufzubereiten. Geplant ist, das Projekt gemeinsam mit der gemdat innerhalb des nächsten Jahres voranzutreiben.

Großes Interesse an WhatsApp-Kanal

In Laab wird auch in anderen Bereichen die



Digitalisierung vorangetrieben. So betreibt die Gemeinde auch einen WhatsApp-Kanal mit Push-Nachrichten. Das Interesse der Bevölkerung ist erstaunlich hoch, nahezu jeder zweite Einwohner nutzt den Kanal. Informiert wird dort über Straßensperren, Veranstaltungen, Ausfälle, Sicherheitshinweise und andere aktuelle Themen. Bürgermeister Klar: „Das zeigt: Wenn der Nutzen klar ist, werden digitale Angebote sehr stark angenommen.“

Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein

Bei allen Digitalisierungsschritten gehe es darum, so Peter Klar, das Service-Level zu erhöhen: „Also mehr Service bei weniger bürokratischem Aufwand. Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss eine konkrete Erleichterung bringen.“

Allerdings passiert das nicht automatisch. „Digitalisierung bedeutet Veränderung, und Veränderung braucht Begleitung. Man muss bestehende Strukturen und Abläufe kritisch hinterfragen: Funktioniert ein Prozess überhaupt noch sinnvoll? Ist er digital geeignet? Und ist es sinnvoll, ihn zu digitalisieren? Ein analoger Prozess, der schon im normalen Ablauf nicht gut funktioniert, wird digital in der Regel auch nicht besser.“ Deshalb sei die eigentliche Herausforderung nicht, einen Prozess einfach „von A nach B“ zu übertragen, sondern ihn grundlegend zu überdenken. „Manchmal bedeutet Digitalisierung auch, Dinge zu vereinfachen oder ganz wegzulassen. Das Ziel ist immer ein echter Mehrwert für die Menschen.“

Mittels Dashboard lässt sich in Laab der Zustand der Wasserversorgung kontrollieren.



Das Ziel ist immer ein echter Mehrwert für die Menschen.

Peter Klar
Bürgermeister von
Laab im Walde



Bürgermeister Peter Klar mit dem EAMS-Projektleiter und Gemeinderat Markus Aschauer.

© Gemeinde Laab im Walde



© fotofreal66 - stock.adobe.com

Tulln

Smarte Sensoren für nachhaltige Grünraumpflege

Die Gartenstadt **Tulln** geht als „Green Smart City“ neue Wege in der Grünraumpflege. Um sie vor Trockenstress zu bewahren, werden neu gepflanzte Stadtbäume mit Feuchtigkeitssensoren ausgestattet, die über ein energieeffizientes LoRaWAN-Netzwerk vernetzt sind.

Derzeit messen 40 Sensoren – unter anderem von der Donaulände und vom neu gestalteten Nibelungenplatz – kontinuierlich die Bodenfeuchtigkeit im Wurzelbereich und übermitteln die Daten an die Stadtgärtnerei. So wird ressourcenschonend nur dann bewässert, wenn es tatsächlich nötig ist. Damit können die Gießrouten optimiert werden, was wiederum ökonomisches Arbeiten und ökologisch sinnvollen Wassereinsatz ermöglicht.

Der Vorteil der LoRaWAN-Technologie: Hunderte Sensoren lassen sich über große Distanzen verwalten, und die Batterien halten bis zu zehn Jahre ohne Wechsel. Das bedeutet minimalen Wartungsaufwand bei maximalem Nutzen. Gerade in den kritischen ersten Standjahren verbessert die datengestützte Bewässerung die Anwuchspflege erheblich.

Darüber hinaus wird in Tulln bei einigen Bäumen im Au- und Stadtgebiet im Rahmen eines Pilotprojekts „Retenis“ (vormals „Agrobiogel“) getestet. Dabei handelt es sich um ein weltweit einzigartiges, rein ökologisches Gel aus Holzfasern, das Wasser speichert und langsam wieder abgibt. Gespräche über eine Fortsetzung/Ausweitung dieses Pilotprojekts werden in den nächsten Wochen geführt.



Ardagger

Software für Kirtags-Organisation

Der Kollmitzberger Kirtag zählt zu den größten Veranstaltungen im Mostviertel. Fünf Festzelte, rund 300 Stände und etwa 30.000 Besucherinnen und Besucher bedeuten einen hohen organisatorischen Aufwand. „Bisher gab es da viel Zettelwirtschaft“, sagt der Ardagger Bürgermeister und Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl. Um das zu ändern, wandte er sich mit konkreten Vorstellungen an den aus der Gemeinde stammenden Softwareentwickler Andreas Zeiner. Dieser hat für die Gemeinde bereits digitale Lösungen für den Fahrtendienst EMIL und für „Essen auf Rädern“ umgesetzt. Für den Kirtag wünschte sich Bürgermeister Pressl unter anderem die Integration eines Bezahlsystems. Auch die Idee, die Auslastung der Parkplätze mittels Drohnen zu erheben, wurde eingebracht. „Er hatte sehr konkrete Vorstellungen“, berichtet Zeiner.

Prototyp entwickelt

In einem „Hackathon“ – ein Event, in dem alle Beteiligten für zwei Tage zusammenkamen – wurde dann von der in Diendorf am Kamp ansässigen Firma MBIT Solutions ein Prototyp entwickelt. „Auf dieser Basis bauen wir die Software auf“, erläutert Zeiner.

Der erste Schritt ist eine Registrierungsplattform. Über diese können Anträge gestellt und Standplätze zugeteilt werden. Dazu werden dann weitere Module kommen, etwa die Software zur Zuordnung der Marktstände auf Basis von GPS-Koordinaten. „Die Besucherinnen und Besucher sollen die Möglichkeit haben, einen Plan abzurufen, wo sich ein für sie interes-



“Ziel ist eine Full-featured-Anwendung, die möglichst viele Bereiche rund um die Kirtagsorganisation abdeckt und die ständig erweitert werden kann.“

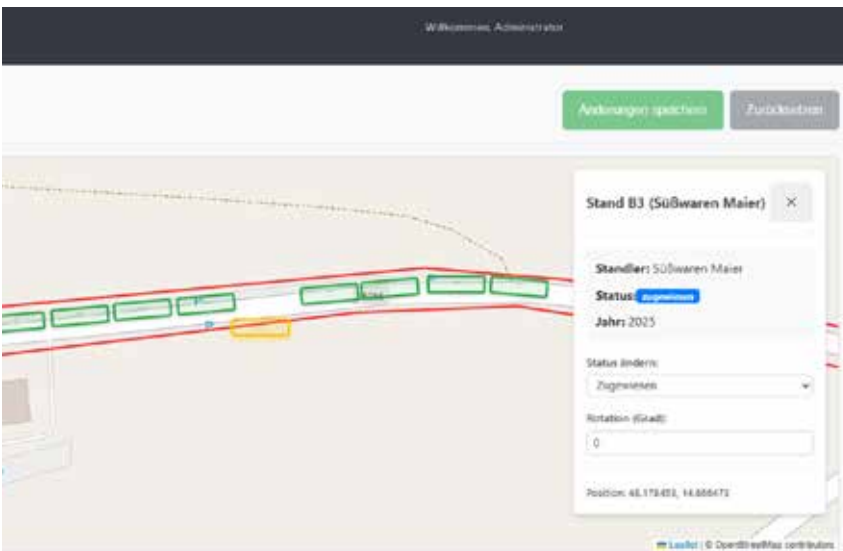


Andreas Zeiner
Senior Software Engineer und
Solution Architect



© Gemeinde Ardagger

Für den Kollnitzberger Kirtag wird derzeit eine Softwarelösung aufgebaut. Ziel ist es, die Organisation der dreitägigen Veranstaltung zu erleichtern und Abläufe zu digitalisieren.



santer Stand befindet und was dort verkauft wird“, sagt Zeiner. „Ziel ist eine Full-featured-Anwendung, die möglichst viele Bereiche rund um die Kirtagsorganisation abdeckt und die ständig erweitert werden kann.“

Adaption für andere Gemeinden möglich

Derzeit ist schon eine Registrierungsplattform, über die Anträge abgewickelt und die Zuteilungen gemacht werden können, im Einsatz. Die Software wird als Website zur Verfügung gestellt, eine spätere Nutzung über eine App ist grundsätzlich möglich.

Konzipiert ist die derzeitige Lösung für die Gemeinde Ardagger und den Kollnitzberger Kirtag. „Grundsätzlich wäre aber eine Adaption für andere Gemeinden und andere Veranstaltungen möglich, denn beispielsweise die Software für Anmeldungen kann leicht adaptiert werden“, so Andreas Zeiner. ■■■

Standplatz-Vergabe für den Kollnitzberger Kirtag im Prototyp.

Sie haben eine gute Digitalisierungs-Idee in Ihrer Gemeinde umgesetzt?

Schicken Sie uns Ihr Best-practice-Beispiel! presse@noegemeindebund.at



© fotofreak66 - stock.adobe.com

Haidershofen

Digitale Sicherheit für sauberes Trinkwasser

Haidershofen im Bezirk Amstetten zeigt, wie kleine Gemeinden mit Sensorik und IoT (Internet of Things) ihre Trinkwasserversorgung absichern können. In Zusammenarbeit mit einem IT-Unternehmen wurden die Hochbehälter der Gemeinde mit Sensoren ausgestattet, die Pegelstände und Wasserbezug in Echtzeit erfassen.

Über ein Fernwirk- und Leitsystem am Gemeindegemeindeamt haben die Mitarbeiter die Anlage jederzeit im Blick und können bei Engpässen sofort reagieren.

Das Besondere: Die Messdaten werden auf der Gemeindehomepage auch den Bürgerinnen und Bürgern online zugänglich gemacht. So lässt sich für die einzelnen Ortsteile jederzeit einsehen, wie es um die Versorgungslage steht.

Das ist vor allem im Frühling interessant, wenn Swimmingpools befüllt werden: Nähert sich der Pegel einem kritischen Schwellwert, müssen Schwimmbadbefüllungen zurückgestellt werden.

■ STRASSENBELEUCHTUNG

Wenn der Lichtmast mitdenkt

Moderne LED-Systeme dimmen bedarfsgerecht, senken Kosten um bis zu 70 Prozent und bilden das Fundament für künftige Smart-City-Anwendungen. Warum die Straßenbeleuchtung zum strategischen Hebel werden kann.  VON BERNHARD STEINBÖCK

In den eigenen vier Wänden ist die Sache klar: Wenn man einen Raum oder gar das Haus verlässt, schaltet man das Licht ab. Das sagt einem der gesunde Hausverstand und – gerade in Zeiten hoher Energiepreise – der Blick ins Börserl.

Im öffentlichen Raum ist das nicht ganz so einfach. Tausende Kilometer Straßen werden bei Einbruch der Dunkelheit unabhängig vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen durchgehend beleuchtet. Ob um 19 Uhr dichter Berufsverkehr herrscht oder um 2 Uhr früh kaum ein Fahrzeug unterwegs ist, spielt vielerorts technisch keine Rolle. Das Licht brennt – aus Gewohnheit, aus Sicherheitsdenken, oft auch aus Unsicherheit.

Dabei gibt es längst Alternativen, die Energie sparen, Budgets entlasten und gleichzeitig Sicherheit gewährleisten. Der Begriff dafür lautet „Smart Pole“ – ein intelligenter Lichtmast, der mehr kann als nur leuchten.

Infrastruktur, die „mitdenkt“

Technologie dafür liefert unter anderem das 2012 gegründete Grazer Unternehmen Lixtec. Gründer und Geschäftsführer Günther Spath hat die Idee einer dynamischen, bedarfsabhängigen Beleuchtung aus einem Forschungsprojekt zur Marktreife geführt.

„Ein ‚Smart Village‘ beginnt dort, wo Infrastruktur intelligent genutzt wird. Straßenbeleuchtung ist dafür ein idealer Hebel: Sie ist überall vorhanden und bereits unter Strom. Mit moderner Radarsensorik verwandeln wir die klassische Straßenleuchte in einen mitdenkenden Begleiter“, erklärt Spath.

Das Prinzip ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: In kompakten, nach unten ausgerichteten Sensoreinheiten an der Leuchte erfassen Radarsensoren Bewegungen im definierten Bereich. Befindet sich niemand in der Nähe, dimmt die Leuchte auf ein stark reduziertes, vordefiniertes Niveau. Nähert sich ein Fußgänger, Radfahrer oder Fahrzeug, fährt die Leuchte „vorausleuchtend“ auf das normgerechte Beleuch-

tungsniveau hoch. Verlässt das Objekt den Bereich, wird wieder heruntergedimmt.

„Was heute schon möglich ist? Eine bedarfsgerechte Lichtsteuerung, die bis zu 80 Prozent Energie spart, indem sie das Licht nur dann hochdimmt, wenn sich tatsächlich jemand nähert. Das schont nicht nur das Gemeindebudget, sondern wirkt auch aktiv gegen Lichtverschmutzung und Insektensterben“, so Spath.

Gerade im ländlichen Raum, wo nächtliche Frequenzen häufig sehr gering sind, liegt hier enormes Einsparpotenzial.

“ Ein „Smart Village“ beginnt dort, wo **Infrastruktur intelligent genutzt wird.**



Günther Spath
Gründer und Geschäftsführer

FÖRDERUNG

Jetzt umrüsten

Das Land Niederösterreich unterstützt Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Umrüstung bestehender Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Systeme.

Die Förderung erfolgt im Rahmen der Bedarfszuweisungsrichtlinie (BZ III) sowie der „Aktion Energie-Spar-Gemeinde“ (ESPG-BZ).

Förderhöhe:

- › bis zu 30 % der Investitionskosten
- › max. 100 Euro pro Lichtpunkt
- › max. 150 Euro pro intelligentem Lichtpunkt (mit Steuerungs- bzw. Sensorsystem)

Weitere Informationen, Richtlinien und das Infoblatt zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung finden Sie unter:





© Gemeinde Eichgraben

Mehr als nur Dimmung: Digitale Steuerung und Monitoring

Moderne LED-Leuchten sind heute standardmäßig digital ansteuerbar. Über sogenannte Controller und Gateways können sie in Gruppen oder einzeln konfiguriert werden. Gemeinden erhalten dadurch eine zentrale Steuerungsplattform, über die Dimmprofile angepasst, Störungen gemeldet und Verbrauchsdaten ausgewertet werden können. Ein wesentlicher Vorteil liegt in der Transparenz. Wo früher nur die Stromrechnung am Jahresende Aufschluss über den Gesamtverbrauch gab, kann heute nahezu in Echtzeit analysiert werden, wie viel Energie einzelne Straßenzüge tatsächlich verbrauchen – und wie stark sich adaptive Steuerungen auswirken. Hinzu kommt die Möglichkeit, anonymisierte Verkehrsdaten zu erfassen. „Über die Lichtsteuerung hinaus können Leuchten zu wertvollen Smart-City-Hubs werden. Unser 2026 auf den Markt kommende Sensor lix.plus liefert anonymisierte Verkehrsdaten, deren Analyse direkt in kommunale Infrastrukturprojekte einfließen kann“, erklärt Spath. Beleuchtung wird damit zum Informationslieferanten – nicht personenbezogen, sondern anonym.

Eichgraben investiert in Effizienz

Wie ein groß angelegtes Umrüstungsprojekt Umrüstungsprojekt mit genannter Technologie konkret aussieht, zeigt die Marktgemeinde Eichgraben. Dort wurde 2023 das bislang größte Energiesparprojekt der Gemeinde umge-

setzt. Rund 1.340 Lichtpunkte wurden auf moderne LED-Technologie umgestellt, ergänzt durch nächtliche Dimmkonzepte. Das Beleuchtungskonzept sowie die gesamte technische Lichtplanung für das Projekt wurden von der Firma „L.U.X GmbH“ erstellt.

Die Investitionssumme beträgt rund 1,3 Millionen Euro. Dank Förderungen – unter anderem aus dem damaligen Kommunalen Investitionsprogramm (KIP 2023) sowie Energieförderungen des Landes NÖ – konnte das Projekt ohne Darlehensaufnahme realisiert werden. Rund 490.000 Euro stammten aus dem KIP, weitere etwa 200.000 Euro aus Energieprogrammen. „Dank der Technologie ersparen wir uns derzeit – bei gleichzeitig verbesserter Lichtqualität – 30.000 Euro. Zusätzlich wird die Ortsbeleuchtung zwischen 22 Uhr und 6 Uhr um 50 Prozent reduziert“, zieht Eichgrabens Bürgermeister Georg Ockermüller Bilanz. Neben der finanziellen Wirkung hebt Ockermüller auch die Veränderung des Ortsbildes hervor: „Die geringere Lichtintensität führt zu weniger Lichtverschmutzung und wird von der Bevölkerung positiv wahrgenommen. Gleichzeitig sinken die laufenden Kosten im Vergleich zur alten Beleuchtung deutlich.“

Hennersdorf setzt auf situative Steuerung

Auch Hennersdorf hat 2024 gemeinsam mit lixtec einen umfassenden Modernisierungsschritt gesetzt. Rund 360 Leuchten wurden auf LED-Technologie mit situativer, sensorbasierter Lichtsteuerung umgerüstet.

Eichgrabens Bürgermeister Georg Ockermüller hat mit dem Elektroanlagenbau Wallner (links Johann, rechts Julia Wallner) aus Altengbach den Leuchtentausch vorgenommen.



Infos

lixtec GmbH
www.lixtec.com

Bürgermeister Thaddäus Heindl übernahm 2021 ein System, das erst vor rund zwei Jahrzehnten auf Natriumdampflampen umgestellt worden war. Steigende Energiepreise gaben schließlich den Ausschlag für die Entscheidung zugunsten eines intelligenten Systems. „Die alte Beleuchtung war aus heutiger Sicht weder energieeffizient noch zukunftsfit. Uns war wichtig, nicht einfach nur auf LED umzurüsten, sondern ein System zu schaffen, das mitdenkt und sich an den tatsächlichen Bedarf anpasst“, so Heindl.

In Wohngebieten kommt eine bewegungsabhängige Steuerung zum Einsatz: „Bei Inaktivität dimmt das Licht stark herunter, bei Annäherung wird normgerecht hochgefahren. Auf stärker frequentierten Durchzugsstraßen wird hingegen volumenbasiert gesteuert. Dabei wird das Lichtniveau an die tatsächliche Verkehrsmenge angepasst, um ein permanentes Auf- und Abdimmen zu vermeiden“, erklärt Bürgermeister Heindl.

Erste Auswertungen zeigen eine deutliche Reduktion des durchschnittlichen Energieverbrauchs. Bei einzelnen Leuchten mit 17 Watt Nennleistung konnte der tatsächliche Verbrauch im Schnitt auf unter 9 Watt gesenkt werden. Laut seiner Auswertung spricht Heindl für Hennersdorf von rund 80 Prozent weniger Stromverbrauch.

Der Blick über die klassische Straßenlaterne hinaus

Während viele Gemeinden derzeit auf intelligente LED-Beleuchtung umstellen, geht die Entwicklung international noch weiter. In Pristina entsteht derzeit ein umfassendes Smart-Pole-Projekt, das Beleuchtung mit digitaler Infrastruktur kombiniert.

Die dort eingesetzten Smart Poles vereinen mehrere Funktionen in einer Einheit: energieeffiziente LED-Beleuchtung, 5G- und IoT-Konnektivität, öffentliches WLAN, Sicherheitskameras, Notrufsysteme, Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie digitale Informations- und Werbeflächen. Mitverantwortlich dafür zeichnet die Artichoke Holding GmbH – unter der Leitung von Boris Fahrnberger aus Göstling an der Ybbs.

Ein zentrales Element ist die Plattformlogik hinter dem System. „Der entscheidende Vorteil liegt im Aufbrechen von Datensilos. Oft weiß



© Steinböck

die Verkehrsabteilung nichts von den Daten der Umweltschutzabteilung. Mit unserem Plattform-Ansatz schaffen wir eine ‚Single Source of Truth‘. Wir korrelieren beispielsweise Verkehrsdaten mit Luftgütemessungen in Echtzeit. So erkennt man Muster, bevor sie zum Problem werden“, erklärt Fahrnberger.

Was heißt das für eine 4.000-Einwohner-Gemeinde?

Nicht jede niederösterreichische Gemeinde braucht ein System im Umfang einer Großstadt. Entscheidend ist die Modularität. Der empfohlene Ansatz lautet: mit intelligenter Sensorik an bestehender Infrastruktur starten und punktuell einzelne sichtbare „Flagships“ setzen: „Wenn ich heute eine Gemeinde mit 4.000 Einwohnern führen würde, wäre mein wichtigstes Prinzip: Investitionsschutz durch Modularität. Keine geschlossenen Insellösungen, sondern Systeme, die heute sparen und morgen erweiterbar sind.“

Datenhoheit und Datenschutz

Ein sensibles Thema ist der Umgang mit Daten. Fahrnberger betont dabei klar: „Die Datenhoheit liegt bei der jeweiligen Gemeinde. Grundlage ist das Prinzip ‚Privacy by Design‘.“ Kurzum: Datenschutzmaßnahmen werden bereits bei der Planung und Entwicklung von IT-Systemen, Produkten oder Geschäftsprozessen integriert.

Hennersdorfs Bürgermeister Thaddäus Heindl entschied sich bewusst für die intelligente LED-Beleuchtung.

„Uns war wichtig, nicht einfach nur auf LED umzurüsten, sondern ein System zu schaffen, das mitdenkt und sich an den tatsächlichen Bedarf anpasst.“



Thaddäus Heindl
Bürgermeister von
Hennersdorf

Daten werden bereits am Sensor anonymisiert. Es werden Objekte gezählt, keine Personen identifiziert. Bewegungsmuster werden aggregiert ausgewertet, ohne individuelle Profile zu erstellen. Für Gemeinden entsteht dadurch ein Mehrwert in Form besserer Planungsgrundlagen, ohne datenschutzrechtliche Risiken einzugehen.

Infrastruktur als strategischer Hebel

Smart Poles stehen exemplarisch für einen grundlegenden Wandel: Bestehende Infrastruktur wird nicht mehr nur betrieben,

sondern strategisch genutzt. Straßenbeleuchtung ist flächendeckend vorhanden, ans Stromnetz angebunden und damit ein idealer Ausgangspunkt für Digitalisierung.

Die intelligente Modernisierung der Beleuchtung kann der erste Schritt sein – hin zu geringeren Energiekosten, reduzierter Lichtverschmutzung und einer datenbasierten Weiterentwicklung kommunaler Infrastruktur. Die Frage lautet daher nicht mehr, ob Straßenlaternen leuchten sollen, sondern wie intelligent sie es tun. ■■■



Infos

Artichoke Holding GmbH
Boris J. Fahrnberger,
Geschäftsführer
boris@
artichoke-holding.com



RECHTLICHES

Ist eine Dauerbeleuchtung gesetzlich vorgeschrieben?

Beleuchtungspflicht von Gemeindestraßen – Handlungsspielraum statt Haftungsfall.

Zwischen steigenden Energiekosten, Klimazielen und der Sorge vor möglichen Haftungsfolgen wird öffentliche Beleuchtung häufig aus Vorsicht durchgehend betrieben. Ein Blick auf die Rechtslage zeigt jedoch: Eine ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung zur nächtlichen Dauerbeleuchtung besteht nicht.

Weder die Straßenverkehrsordnung noch das ABGB sehen eine generelle Pflicht der Gemeinden vor, ihre Straßen bei Dunkelheit durchgehend zu beleuchten. Die StVO verpflichtet in erster Linie Fahrzeuglenker, ihre Fahrzeuge bei Dunkelheit zu beleuchten und ihre Fahrweise den Sichtverhältnissen anzupassen. Auch technische Normen wie die ÖNORM EN 13201 begründen keine starre Dauerbeleuchtungspflicht, sondern stellen auf den Stand der Technik ab.

Haftungsfrage:

Maßgeblich ist der Einzelfall

Rechtlich relevant wird die Thematik vor allem im Zusammenhang mit der Wegehalterhaftung nach § 1319a ABGB. Gemeinden haften als Straßenerhalter nur dann, wenn ein Weg mangelhaft ist und dadurch ein Schaden entsteht – und auch dann nur bei grobem Verschulden.

Ob eine reduzierte oder abgeschaltete Beleuchtung einen Mangel darstellt, hängt von den konkreten Umständen ab. Entscheidend ist, welches Maß an Sicherheit Verkehrsteilnehmer erwarten durften und welche Maßnahmen einer Gemeinde objektiv zumutbar sind. In einer kleineren Landgemeinde wird um drei Uhr früh regelmäßig keine vollständig ausgeleuchtete Straße erwartet werden. Anders kann die Situation in einem stark frequentierten Ortszentrum mit Nachtgastronomie oder erhöhtem Fußgängeraufkommen zu beurteilen sein.

Bemerkenswert ist zudem, dass sich der Oberste Gerichtshof bislang nicht mit einem Fall befassen musste, in dem eine Gemeinde allein wegen fehlender oder deaktivierter Straßenbeleuchtung haftbar gemacht wurde. Die vielfach befürchtete automatische Haftung bei Nachtabschaltung lässt sich daher rechtlich nicht begründen.

Intelligente Systeme als zeitgemäße Lösung

Vor diesem Hintergrund gewinnen adaptive Beleuchtungssysteme zunehmend an Bedeutung. Gemeinden wie Hengersdorf setzen bereits auf intelligente Lichtmasten, die – etwa in Kooperation

mit Lixtec – bei geringer Frequenz stark dimmen und nur bei Annäherung von Personen oder Fahrzeugen hochfahren. Dadurch wird Energie eingespart, ohne die Verkehrssicherheit zu vernachlässigen. Solche Konzepte verbinden wirtschaftliche Vernunft mit ökologischer Verantwortung und tragen zur Reduktion der Lichtverschmutzung bei. Gleichzeitig zeigen sie, dass Verkehrssicherheit nicht zwingend eine durchgehende Maximalbeleuchtung erfordert.

Dokumentiertes Konzept statt Dauerlicht aus Vorsicht

Für Gemeinden ist weniger die maximale Helligkeit entscheidend als ein nachvollziehbares, sachlich begründetes Beleuchtungskonzept. Wer Verkehrsaufkommen, örtliche Besonderheiten und technische Standards berücksichtigt und diese Überlegungen dokumentiert, bewegt sich rechtlich auf solidem Boden. Die Rechtslage eröffnet damit Gestaltungsspielraum. Eine differenzierte, bedarfsgerechte Beleuchtung ist zulässig – und in vielen Fällen sinnvoller als eine pauschale Dauerbeleuchtung. Für Niederösterreichs Gemeinden bedeutet das: Nicht das Dauerlicht schafft Sicherheit, sondern ein durchdachtes Konzept.

■ BODEN

Transparenz für Leerflächen

Weniger Versiegelung, mehr Leben in den Ortskernen – das ist das erklärte Ziel vieler Gemeinden in Niederösterreich. Doch oft fehlt der Überblick: Wo genau stehen Gebäude leer? Welche Brachflächen könnten reaktiviert werden? Moderne Geoinformationssysteme (GIS) bieten nun die Lösung, indem sie diese Potenziale mit einem Klick sichtbar machen. [🔗](#) VON BERNHARD STEINBÖCK

Leerstand und Brachflächen statt Neubau und Versiegelung: Dieses Thema beherrscht die Debatte um nachhaltige Ortsentwicklung – mit enormem Potenzial in bestehenden Gebäuden und Flächen. Ein Pilotprojekt im Bezirk Hollabrunn zeigt exemplarisch, wie sechs Gemeinden – Heldenberg, Hohenwarth-Mühlbach, Ravelsbach, Sitzendorf a. d. Schmida, Ziersdorf und Maissau (alle aus dem Bezirk Hollabrunn) – Leerstände systematisch erfassen und nutzbar machen. Denn im Schnitt jedes achte Haus in den sechs Gemeinden steht mittlerweile leer, und damit fehlen auch die Abgaben für die Kommunen.

„Leerstand wirkt sich einerseits bei den Einnahmen der Gemeinden aus, aber andererseits auch bei unseren Vereinen und Organisationen. Wenn uns die Bürgerinnen und Bürger fehlen, fehlt der Nachwuchs und so können manche Institutionen einfach nicht mehr weiterbestehen“, sagt dazu Florian Hinteregger, Bürgermeister von Sitzendorf an der Schmida.

Über zwei Jahre läuft nun das Pilotprojekt in der Region Schmidatal-Manhartsberg. Die Kosten von rund 78.000 Euro werden größtenteils durch EU-Förderungen getragen. In einem ersten Schritt wurden die konkreten Leerstandszahlen erhoben – mit deutlichem Ergebnis: 690 Gebäude stehen leer. „Das ist ein Raumpotenzial von 1.500 Personen, die wir unterbringen könnten. Das überschreitet bei weitem den prognostizierten Zuwachs über die nächsten 25 Jahre“, so Projektleiterin Lena Weitschacher.

In einem weiteren Schritt sollen die Eigentümer zu Gesprächen eingeladen werden, um Gründe für den Leerstand zu klären und Perspektiven zu entwickeln.

Der digitale Blick auf das Potenzial

Damit Leerstände nicht nur erhoben, sondern dauerhaft strukturiert erfasst und ausgewertet werden können, braucht es digitale Werkzeuge. Hier kommt die GISquadrat GmbH ins Spiel. Das Unternehmen ist spezialisiert auf innovative Softwarelösungen und Datendienstleistungen im kommunalen Sektor – mit klarem Fokus auf Geodaten. Regionalmanager Georg Bohunovsky bringt es im Gespräch auf den Punkt: „Software und Daten müssen eine Einheit bilden. Nur wenn beides zusammenspielt, entsteht ein echter Mehrwert für die Gemeinden.“

🔊 Leerstand wirkt sich einerseits bei den Einnahmen der Gemeinden aus, aber andererseits **auch bei unseren Vereinen und Organisationen.**



Florian Hinteregger
Bürgermeister von
Sitzendorf an der Schmida



Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landschaftsparks Schmidatal Manhartsberg: Franz Kloiber (Maissau, Stefan Schröter (Ziersdorf), Daniela Hagenbüchl-Schabl (Hohenwarth a.M.), Auguste Lehner (Ravelsbach), Irmtraud Traxler (Heldenberg) und Florian Hinteregger (Sitzendorf/ Schmida und gleichzeitig Obmann des Vereins)



Georg Bohunovsky (Regionalmanager GISquadrat GmbH) präsentiert das Dashboard zum Thema Wohnungsleerstand. Durch die Verschneidung der bestehenden Register-, Statistik- und Melde-daten werden Leerstände in Wohnnutzungseinheiten lokalisiert. Im Dashboard werden regionale Kennzahlen zum Thema wie die Gesamtanzahl der leerstehenden Nutzungseinheiten bis hin zu Detailsichten einzelner Nutzungseinheiten visualisiert.

GISquadrat verfolgt daher einen integrierten Ansatz. Neben klassischen Themen wie Leitungskataster für Kanal, Wasser oder Lichtwellenleiter, Lösungen für Friedhofsverwaltung, Straßenbeleuchtung oder Wartungsdokumentation, steht zunehmend die strategische Nutzung vorhandener Daten im Fokus. „Wir versuchen, den Gemeinden Gesamtlösungen anzubieten – mit einem klaren Fokus auf Datendienstleistung“, so Bohunovsky. Kernstück ist der sogenannte digitale Zwilling einer Gemeinde oder Region. Dabei werden bestehende Register-, Statistik-, Melde- und Raumplanungsdaten miteinander verschneitten, um Brachflächen und Leerstände in Wohnnutzungseinheiten zu lokalisieren. Das Ergebnis ist ein aussagekräftiges Gesamtbild, das in übersichtlichen Dashboards aktuell und verständlich dargestellt wird. „Entscheidungsträger erhalten per Knopfdruck eine evidenzbasierte Grundlage für ihre weiteren Schritte“, erklärt Bohunovsky. Grundstücksgröße, Adresse, Anzahl der gemeldeten Personen oder Widmung – alle relevanten Informationen werden gebündelt sichtbar.

Vorreiter im Mostviertel

Dass dieser Ansatz in der Praxis funktioniert, zeigt der GDA Amstetten. Der Gemeindeverband gilt als Vorreiter im Bereich innovativer GIS-Lösungen. Gemeinsam mit GISquadrat werden seit nahezu 25 Jahren rund 50 Gemeinden in den Bezirken Amstetten, Scheibbs und Melk betreut – mit konsequent einheitlicher Datenhaltung und normierten Geodaten.

Im Mostviertel wurde nun ein weiterer Meilenstein gesetzt: Mit Unterstützung des GDA Amstetten sowie der Kleinregionen

Donau-Ybbsfeld und Ostarrichi-Mostland wurden für 24 Gemeinden Brachflächen und Leerstände aus bestehenden Daten ermittelt und in modernen Dashboards präsentiert. Der daraus entstehende „digitale Zwilling“ liefert den Gemeinden kompakte und fundierte Informationen zur Gebäude- und Bodennutzung. So auch in der Kleinregion Ybbstal, in der die Mitgliedsgemeinden nun ein zentrales Instrument zur Analyse haben.

Das Ziel ist klar: Leerstand aktivieren, Versiegelung reduzieren. Gerade in Zeiten steigender Baukosten, knapper Budgets und ambitionierter Klimaziele ist das ein entscheidender Hebel.

Nächster Schritt: Gewerblicher Leerstand

Während die Analyse von Wohnleerständen und Brachflächen bereits umgesetzt wird, arbeitet GISquadrat an der Erweiterung auf gewerbliche Leerstände. Die Realisierung ist für Mitte 2026 geplant. Ziel ist es, einen raschen und aktuellen Überblick über gewerbliche Leerstände und deren Eigenschaften in den Gemeinden der Region zu haben und bei deren Reaktivierung zu unterstützen.

Die Datensammlung soll idealerweise über Gemeinden oder regionale Verbände erfolgen, die sich diesem Thema widmen. Die Erfassung kann mobil vor Ort oder im Büro durch ortskundiges Personal stattfinden.

Die Ergebnisse werden – ergänzend zu bestehenden Leerstands- und Brachflächenanalysen – in Dashboards dargestellt. Perspektivisch könnte das Vorhaben auch über die European Urban Initiative für innovative Maßnahmen förderfähig sein. Erste Pilotprojekte sind 2026 im Lungau und Pongau geplant. ■■■

Kontakt

Mag. Georg Bohunovsky,
Regionalmanager
01/58 68 612
georg.bohunovsky@
hexagon.com

KI-MODELL

Bundesweite Potenzialflächenkarte

Die bereits erschlossenen und rasch nutzbaren Standorte werden durch die Potenzialflächenkarte sichtbar gemacht. Mithilfe eines KI-Modells wurden erstmals bundesweit Flächen identifiziert, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ungenutzt oder nur teilweise genutzt sind.



■ INTELLIGENTE ABFALLBESEITIGUNG

KI als Treiber der grünen Transformation

Wie Künstliche Intelligenz, Sensorik und digitale Plattformen die Abfallwirtschaft effizienter, transparenter und klimafreundlicher machen. Von der intelligenten Mülltonne bis zur automatisierten Sortieranlage entsteht ein vernetztes Ökosystem für smarte Gemeinden.  VON BERNHARD STEINBÖCK

Die Abfallwirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Steigende Recyclingquoten, strengere Umweltvorgaben und wachsende Mengen an Verpackungen erfordern neue Lösungen. Digitale Technologien und Künstliche Intelligenz (KI) eröffnen dabei enorme Chancen. Intelligente Systeme sind nicht länger Zukunftsmusik, sondern werden bereits heute von innovativen Unternehmen eingesetzt, um die Abfallwirtschaft von Grund auf zu transformieren – von der Sammlung über die Sortierung bis hin zur Rückführung wertvoller Rohstoffe in den Kreislauf. Sie sind der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und ressourcenschonenden Entsorgung, die den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft ebnet.

Präzision am Fahrzeug:

KI erkennt Fehlwürfe in Echtzeit

Der von der Firma Saubermacher entwickelte, weltweit erste „Wertstoffscanner“ erkennt im Müllfahrzeug mithilfe künstlicher Intelligenz Fehlwürfe im Abfall. Über eine Kommunikationsplattform erhalten die Auftraggeber und Bürger eine direkte Rückmeldung über ihre Trennqualität. Das schafft Transparenz und fördert das Bewusstsein. Aktuell ist der Wertstoffscanner vor allem bei Gewerbekunden im Einsatz, doch die Anwendung im kommunalen Bereich sei ohne weiteres möglich. Der Vorteil liegt auf der Hand: Je früher Fehlwürfe erkannt werden, desto höher bleibt die Qualität der gesammelten Wertstoffe. Das reduziert Nachsortieraufwand, spart Kosten und steigert die Recyclingquote.

Smarte Abfallbehälter

Neben der Analyse des Abfalls selbst rückt zunehmend auch die intelligente Steuerung der Sammlung in den Fokus. Gemeinsam mit dem Gemeindeverband für Abfallwirtschaft (GVA) startete Saubermacher im vergangenen

Sommer ein Pilotprojekt im niederösterreichischen Waidhofen an der Thaya.

Dabei wurden Abfallbehälter mit Sensoren ausgestattet und an eine digitale „Smart Collection Plattform“ angebunden. Die Container lassen sich eindeutig Haushalten oder Betrieben zuordnen, Füllstände werden in Echtzeit erfasst. Das ermöglicht eine bedarfsgerechte Entleerung und eine optimierte, klimafreundliche und kostenschonende Routenplanung. Überfüllungen können vermieden, Ressourcen gezielt eingesetzt werden – ein klarer Mehrwert für Gemeinden und Umwelt.

Manfred Wühl, Obmann des GVA Waidhofen an der Thaya und Bürgermeister der Gemeinde Kautzen, betont die strategische Bedeutung des Projekts: „Der Abfallverband wurde 1993 gegründet, um die kommunale Abfallwirtschaft gemeinsam im Bezirk Waidhofen/Thaya bürgerfreundlich und effizient abzuwickeln. Das Projekt ‚Smarte Sammlung von Siedlungsabfällen‘ ist ein weiterer Schritt dazu.“

Mit KI gegen Störstoffe

In Krems kommt künstliche Intelligenz direkt im operativen Betrieb zum Einsatz: Der KI-gestützte Störstoffscanner der Firma „Brantner green solutions“ analysiert Bioabfälle unmittelbar am Müllfahrzeug, erkennt Kunststoff- oder Metallanteile automatisiert und bewertet die Qualität der Schüttung in Echtzeit. Die Bilddaten werden von einer speziell entwickelten Software verarbeitet und in einem zentralen Dashboard ausgewertet. Dadurch werden tourgenaue Steuerung und gezielte Maßnahmen möglich – und durch den KI-basierten Ansatz technologische Innovation und Kreislaufwirtschaft konsequent verbunden.

„Glasy“ hilft bei der Glasaufbereitung

Mit „Glasy“ setzt Brantner green solutions am Standort Hohenrappersdorf neue technologische Maßstäbe. Durch ein eigens entwi-



„Das Projekt „Smarte Sammlung von Siedlungsabfällen“ ist ein weiterer Schritt, um die **kommunale Abfallwirtschaft im Bezirk bürgerfreundlich und effizient abzuwickeln.**“

Manfred Wühl
Obmann des GVA Waidhofen
a. d. Thaya und Bürgermeister
der Gemeinde Kautzen

ckeltes, sensorgestütztes und datenbasiert optimiertes Aufbereitungsverfahren wird Glas aus Müllverbrennungsrückständen mit einem Reinheitsgrad von 99,9999 Prozent zurückgewonnen. Digitale Prozesssteuerung und KI-gestützte Analysemodelle sorgen dabei für eine hochpräzise Trennung von mineralischen und metallischen Störstoffen, sodass das Material unmittelbar wieder als Sekundärrohstoff in der Verpackungsindustrie eingesetzt werden kann. Aus einem bislang deponierten Reststoff entsteht so ein industriell nutzbarer Wertstoff.

Vernetzte Infrastruktur: Wenn Müllfahrzeuge Daten liefern

Intelligente Abfallwirtschaft endet jedoch nicht beim Müll selbst. Fahrzeuge, die täglich durch Gemeinden fahren, können gleichzeitig wertvolle Infrastrukturdaten erfassen. Genau hier setzt das System von vialytics an.

Das in Stuttgart gegründete Unternehmen analysiert mithilfe künstlicher Intelligenz den Zustand von Straßenoberflächen. Alle vier Meter wird ein Bild erfasst, Schäden wie Risse oder Schlaglöcher werden automatisch erkannt, klassifiziert und in einem webbasierten System dargestellt. Bereits über 600 Kommunen europaweit nutzen diese Technologie.

Die Integration in bestehende GIS-Systeme – etwa durch Partner wie GISquadrat – ermöglicht eine nahtlose Einbindung in den digitalen Zwilling (siehe Seite 12) einer Gemeinde. Müllfahrzeuge könnten so künftig nicht nur Abfälle sammeln, sondern parallel zur Zustandserhebung der Infrastruktur beitragen. Das reduziert Kontrollaufwand, schafft objektive Entscheidungsgrundlagen und steigert die Effizienz kommunaler Verwaltung.

Eine Frage des Geldes ...

Große technologische Sprünge erscheinen in Zeiten angespannter Budgets oft schwer realisierbar. Die Einführung von Sensorik, KI-Systemen oder digitalen Plattformen ist zunächst mit Investitionen verbunden – sowohl finanziell als auch organisatorisch.

Gerade hier liegt jedoch eine große Chance im Verbund. In Abfallverbänden oder interkommunalen Kooperationen können Kosten, Know-how und Infrastruktur gebündelt werden. Was für eine einzelne Gemeinde kaum



© pixelmaker



© Brantner Green Solutions

Ein im Müllfahrzeug eingebauter Scanner analysiert die materielle Zusammensetzung der Oberfläche des Abfalls, d. h. Sensoren und Multispektralkameras prüfen diese und generieren Daten.

Der KI-gestützte Störstoffscanner von Brantner green solutions analysiert Bioabfälle unmittelbar am Müllfahrzeug, erkennt Kunststoff- oder Metallanteile automatisiert und bewertet die Qualität der Schüttung in Echtzeit.

darstellbar wäre, kann gemeinsam wirtschaftlich sinnvoll und strategisch klug umgesetzt werden. Skaleneffekte reduzieren Investitionshürden, standardisierte Systeme erleichtern die Integration und gemeinsame Datenplattformen schaffen Transparenz über Regionsgrenzen hinweg.

Intelligente Systeme entfalten ihren vollen Mehrwert ohnehin erst dann, wenn sie vernetzt gedacht werden. Ein Wertstoffscanner liefert wertvolle Daten, smarte Behälter optimieren einzelne Routen – doch im Verbund entsteht ein ganzheitliches Steuerungssystem für die gesamte Region. Effizienzgewinne, höhere Recyclingquoten und geringere Emissionen wirken sich dann nicht punktuell, sondern flächendeckend aus.

So betrachtet sind digitale Lösungen kein Luxus, sondern ein strategisches Instrument zur langfristigen Kostensicherung und Qualitätssteigerung. ■■■

“ Fahrzeuge, die täglich durch Gemeinden fahren, können gleichzeitig **wertvolle Infrastrukturdaten** erfassen.

.....”

EINKAUFEN

Digital. Lokal. Lebensnah: Die Zukunft der Nahversorgung

Lebensmittelhandel, Postfiliale und Bankstelle haben geschlossen, auch den Bankomat gibt es nicht mehr. In vielen Orten und Gemeinden abseits von urbanen Ballungszentren ist dieses Bild inzwischen Realität. Die Abwanderung klassischer Infrastruktur hat Auswirkungen auf das soziale Leben in der Gemeinde und drückt die Lebensqualität. Das Miteinander fehlt, die Jungen gehen weg, Zuzug gibt es keinen, die ältere Bevölkerungsschicht vereinsamt, der Ort hat seine Mitte verloren.  VON GERHARD SENGSTSCHMID

Lösungen sind dringend gefragt. Vielerorts erfreuen sich digitale Nahversorger und 24/7-Shops großer Beliebtheit. Durch die fortschreitende Digitalisierung eröffnen sich innovative Alternativen zum herkömmlichen Nahversorger. Wo der klassische Greißler längst geschlossen hat, weil er sich wirtschaftlich nicht mehr rechnet, schaffen Selbstbedienungsläden ohne Personal Abhilfe. Digitale Zutrittssysteme und Videoüberwachung des Verkaufsraums sorgen für Sicherheit, die Bezahlung erfolgt mit digitalen Kassensystemen.

Gelungene Beispiele dafür gibt es inzwischen viele, doch es braucht mehr. Mehr Versorgung, mehr Service und mehr engagierte Menschen mit innovativen Ideen. Eine wesentliche Rolle fällt dabei auch den Gemeinden zu, denn ohne entsprechende Infrastruktur - wie beispielsweise dem Breitbandausbau - sind die innovativsten Ideen schwer umsetzbar.

Auch die Post ist Teil der Nahversorgung

Oft fehlt in den Gemeinden nicht nur der Lebensmittelhandel oder eine Bankfiliale, auch die Post zieht sich immer mehr zurück. Mit Personal besetzte Filialen sind bei geringer Frequenz nicht mehr finanzierbar, regionale Postpartner werden gesucht. Der Kaufmann im Ort (falls es ihn noch gibt), die Kunstblumenstube oder der Trafikant übernehmen die Agenden. Für die einen bringt das zusätzliche Frequenz, andere machen es, damit der Ort nicht gänzlich verwaist. Die Leistungen werden von der Post finanziell abgegolten. Vielerorts befindet sich der regionale Postpartner im Gemeindeamt, da es an alternativen Partnern im Ort fehlt. Vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist es ein Anliegen, diesen Service für die Gemeindebevölkerung aufrecht

zu erhalten, denn andernfalls könnten ältere Menschen oft nicht einmal ihre Pensionen beheben. Ein weiterer Ansatz der Österreichischen Post sind Selbstbedienungs-Poststationen ohne Personal. Sie ermöglichen es, Pakete jederzeit abzuholen und zu versenden.

Hybride Märkte und Orte mit Synergieeffekt

Fehlt das Personal oder sind lange Öffnungszeiten nicht wirtschaftlich, wird auf flexible Lösungen wie hybride Märkte gesetzt. Zu fixen Zeiten gibt es persönliche Bedienung und Service, danach wird der Laden auf Selfservice umgestellt. Die Kunden entscheiden selbst, wie sie einkaufen möchten. Auch entstehen immer öfter multifunktionale, digitalisierte Orte, die Synergieeffekte nutzen, zum Beispiel an neu errichteten E-Tankstellen. Am Gelände der



Gelungene Post-Partnerschaft in Wallsee-Sindelburg. Durch die Bemühungen der Gemeinde konnte nach einigen Monaten ohne Poststelle eine Lösung gefunden werden. Elfriede Himmelbauer, die den Nahversorger betreibt, übernimmt. Somit ist die Versorgung in Wallsee-Sindelburg wieder komplett. Im Bild: Bgm. Klaus Nagelhofer, Christian Pichler (Österr. Post), Elfriede Himmelbauer (Postpartner Wallsee-Sindelburg), Bgm. a.D. Johann Bachinger, Vbgm. Christian Marschalek.

Ladestationen siedeln sich digitale Märkte oder SB-Cafe Shops an. Jetzt werden E-Tankstellen eher an hochfrequentierten Straßen und nicht in verlassen Ortskernen errichtet, doch sie sind ein gutes Beispiel dafür, Dienstleistungen an einem Ort zu bündeln und damit eine neue Form von Kommunikationszentren entstehen zu lassen.

Ehrenamt gegen Greißlersterben

In Kapelln im Bezirk St. Pölten ist es gelungen, mit einem innovativen Hybridkonzept die Nahversorgung im Ort zu sichern: Die „Gleißerei“, wird als gemeinnütziger Verein



© Verein Vielfalt Greißlerei

In Kapelln bei St. Pölten nahm man die Schließung des „Nah & Frisch“-Marktes nicht so einfach hin. Engagierte Bürger gründeten einen Verein, der nun den Nahversorger als Hybridmarkt betreibt.



RECHTLICHES

Hürde Öffnungszeiten

Sofern es sich bei Containershops und Selbstbedienungsläden um gewerblich betriebene Verkaufsstellen handelt, kommt das Öffnungszeitengesetz zur Anwendung, auch wenn kein Verkaufspersonal (Unternehmer oder Mitarbeiter) zum Einsatz kommt.

Das Öffnungszeitengesetz gibt von Montag bis Freitag einen Rahmen von 05:00 – 21:00 Uhr, an Samstagen von 06:00 – 18:00 Uhr vor. Die wöchentliche Gesamtoffenhaltezeit von 72 Stunden darf hierbei nicht überschritten werden. In Tourismusgemeinden kann an Sonntagen zusätzlich von 08:00 – 20:00 Uhr offengehalten werden, sofern keine Dienstnehmerbeschäftigung gegeben ist. Für Verkaufstätigkeiten, die unter die bäuerliche Direktvermarktung fallen, gelten die Öffnungszeitenvorschriften nach dem Öffnungszeitengesetz nicht; ebenso gilt die Sonn- und Feiertagsruhe nicht.

Ein Containershop oder Selbstbedienungsladen ist gewerberechtlich nicht mit einem Automaten gleichzusetzen.

WKO – Lebensmittelhandel, Stand März 2025, Auszug

» wko.at/noe/handel/lebensmittelhandel/leitfaden-fuer-selbstbedienungslaeden-containershops

betrieben, der Vorstand hat in vielen ehrenamtlichen Stunden beispielsweise das Inventar erneuert und das Warensortiment neu aufgestellt.

„Unser Ziel ist es, moderne Technik mit persönlichem Service zu verbinden und damit einen echten Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen“, berichtet der Obmann des Vereins, Andreas Munk. Das Sortiment der Greißlerei verbindet den täglichen Bedarf mit regionaler Qualität. Angeschlossen an den Nahversorger ist ein kleines Stüberl mit Terrasse. Dort trifft sich die regionale Bevölkerung gerne bei Kaffee und Kuchen. „Ein Nahversorger ist nicht nur ein Geschäft in der Nähe, sondern auch ein Ort, der das Leben im Dorf lebendig hält“, bringt es Martina Strobl vom Verein „Vielfalt Greißlerei“ auf den Punkt. Für das Gelingen eines Projekts dieser Art ist aber auch die Akzeptanz der Bevölkerung ausschlaggebend. In Kapelln hofft man, dass es weiter funktioniert.

Bürokratische Hürden

Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Es gibt viele bürokratische Hürden, die den Betreibern von digitalen Nahversorgern das Leben erschweren. Sie sind mit Gesetzen zu Öffnungszeiten und Datenschutz konfrontiert, die einer dringenden Adaption bedürften. Differenzierte Lösungen wie eine Sonderregelung für digitale Nahversorger oder hybride Märkte wären wünschenswert. ■■■



© Caroline Knauder – Österreichische Post AG

“ Die Österreichische Post verdichtet laufend ihr SB-Netz und ermöglicht aktuell **an mehr als 300 Standorten in Niederösterreich rund um die Uhr die Abholung und den Versand von Paketen.**

Auch mit unserer bank99 sind wir mit Bankomaten bereits in den Gemeinden vertreten.



Alois Mondschein
Leiter des Zentralen Partner Managements der Österreichischen Post AG

■ GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN

Mobilität durch Technik und Gemeinschaft stärken

Technische Innovationen, gepaart mit gemeinschaftlichen Ansätzen, schaffen die Möglichkeit, den ländlichen Raum fit für die Mobilität der Zukunft zu machen. Vernetzt, nachhaltig und individuell soll der Bedarfsverkehr dort greifen, wo Lücken im öffentlichen Verkehrsnetz klaffen. Viele Fahrtendienste, oftmals keine kommerziellen Taxis, sind auf Vereinsbasis organisiert, ihre Mitglieder arbeiten ehrenamtlich. [VON GERHARD SENGSTSCHMID](#)

Durch die Kombination von moderner Technik – Digitalisierung, E-Mobilität oder Breitbandausbau – mit Gemeinschaftsinitiativen wie Emil oder Anrufsammeltaxis wird der ländliche Raum gestärkt und nachhaltig vernetzt.

Zentrales Ziel ist es, den öffentlichen Verkehr durch flexible Angebote auszubauen. Dieser wird dadurch nicht nur attraktiver, er wird auch umweltfreundlicher und nachhaltiger. Dort, wo Fahrpläne von Bus oder Bahn enden, der erste oder der letzte Kilometer aber noch überwunden werden muss, helfen bedarfsorientierte Fahrtenservices weiter. Bedarfsverkehr – auch „On-Demand Mobilität“ – bezeichnet Verkehrs- oder Fahrtendienste, die Routen, Zeiten oder Halteorte dynamisch an die Nachfrage ihrer Fahrgäste anpassen. In Niederösterreich gibt es verschiedene Mobilitätsangebote, die zeit- oder streckenflexibel auf Nachfrage reagieren. Sie ergänzen den klassischen Linienverkehr, besonders in Zeiten oder Regionen mit geringer Nachfrage. Viele davon sind in Vereinen und damit ehrenamtlich organisiert. Sie sind keine Konkurrenz zum öffentlichen Verkehr, sie ergänzen diesen und schließen Lücken, die im ländlichen Raum häufig bestehen.

E-Mobilität gepaart mit digitaler Administration

Die „Mutter“ aller ehrenamtlich basierten Fahrtendienste ist wohl Emil, der 2017 von Johann Engelbrechtsmüller aus Euratsfeld im Mostviertel entwickelt wurde. Die Verantwortlichen erkannten damals sehr schnell, dass der Fahrtendienst ohne digitale Administration nicht aufrechtzuerhalten ist. Andreas Zeiner programmierte daraufhin eine entsprechende Software und nannte sie, in Anlehnung an Emil, Emilio.

Mit Verwaltung, Abrechnung, Dienstpläne und Fahrtenpläne bis hin zur Anmeldung durch die Kunden bietet die App umfassende Möglichkeiten. „Die App und der Fahrtendienst gehören zusammen, das E-Auto und die App sind Emil“, erklärt Andreas Zeiner das Prinzip.

Starke Gemeinschaft: Selbstbestimmt und zufrieden

Wie bei vielen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten ist auch bei jenen Organisationen und Vereinen, die sich unentgeltlich in den Dienst der guten Sache stellen, die Motivation für ihre Arbeit im sozialen Aspekt zu finden. Besonders ältere Menschen sollten so lange wie möglich in der Lage sein, selbstbestimmt mobil zu bleiben. Oftmals ist es die größte Schwierigkeit, von zu Hause zur nächsten Bushaltestelle oder zum Bahnhof zu gelangen. Fahrtendienste schaffen Abhilfe und sorgen gleichzeitig für eine Entlastung der Angehörigen, denn die Mobilität wird an einen verlässlichen Partner ausgelagert. Gemeinsam kann so ein Ort mit mehr Zufriedenheit und Selbstbestimmtheit geschaffen werden.

Der persönliche Kontakt ist oft das Maß der Dinge

Ein Großteil der Verkehrs- und Fahrtendienste kommt heute nicht mehr ohne digitale Unterstützung durch Softwarelösungen und Apps aus. Die Realität zeigt aber, dass das Telefon, der klassische Anruf, immer noch zu den beliebtesten Mitteln bei der Buchung eines Transports zählt. Auch für Anbieter von Sammeltaxis und Rufbussen, die über ausgereifte Buchungssysteme verfügen, ist eine Buchungshotline unverzichtbar. Besonders am Land wird beispielsweise nach wie vor lieber

Elektromobilität im ländlichen Raum – Emil – ist ein Verein, der Fahrtendienste mit E-Autos organisiert. Befördert werden ausschließlich Vereinsmitglieder, um Emil nutzen zu können, muss man beitreten. In der Regel werden Fahrten im Gemeindegebiet bzw. zu wichtigen Zielen wie Bahnhof oder Krankenhaus angeboten. Die Fahrten werden über die App Emilio gebucht. Die Fahrer sowie die Administratoren arbeiten ehrenamtlich.





© Verein Emil Euratsfeld

🔊 Zentrales Ziel ist es, den **öffentlichen Verkehr durch flexible Angebote auszubauen.**



MOBILITÄTSMODELLE

Fahrtendienste auf ehrenamtlicher Basis

Die auf ehrenamtlicher Basis gegründeten mobilen Fahrtendienste wie Seniorentaxis oder Einkaufsbusse sind lokal unterschiedlich organisiert, es gibt keine zentrale(n) Plattform(en). Die Kontaktaufnahme erfolgt in der Regel per Hotline über den Verein oder das Gemeindeamt. Anregende Beispiele dafür sind auf der Website www.bedarfsverkehr.at zusammengefasst.

Leopoldi

Die NÖVOG (die NÖ Verkehrsorganisationsgesellschaft) setzt auf eine innovative Kombination von **Leo** Linienbussen und **Poldi** Anrufsammeltaxis. Die Linienbusse sind laut Fahrplan unterwegs, die Anrufsammeltaxis bieten ein Mehr an Flexibilität und fahren dann, wenn man sie ruft. Apropos rufen: Bestellt wird das Anrufsammeltaxi entweder per poldi-App oder telefonisch. Die Preise basieren auf dem VOR-Tarif (Verkehrsverbund Ost-Region), VOR Zeitkarten und das Klimaticket Österreich werden anerkannt.

Anrufsammeltaxi (AST) und Rufbus

Sowohl AST als auch Rufbusse fahren auf Bestellung und ergänzen ebenfalls die Linien-Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs. Die Anmeldung einer Fahrt kann sowohl telefonisch als auch über eine App am Mobiltelefon erfolgen. Die NÖ Dispositionszentrale bündelt die Buchung aller AST- und Rufbusfahrten entlang eines Streckenabschnitts, so können mehrere Fahrgäste gemeinsam befördert werden.

telefonisch geordert: „30 bis 40 Prozent unserer Fahrtenbuchungen kommen per App, die überwiegende Mehrheit unserer Kunden greift aber immer noch lieber zum Telefon“, weiß Andreas Zeiner von Emil Euratsfeld zu berichten.

Bekenntnis der Gemeindepolitik zu Fahrtendiensten stärkt das Miteinander

Ehrenamtlich organisierte Fahrtendienste leisten in vielen Gemeinden einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und stehen dabei selbst vor erheblichen Herausforderungen. Vereine, die diese Angebote auf die Beine stellen und dauerhaft betreiben, tragen nicht nur große Verantwortung, sondern auch beträchtliche finanzielle Lasten. Anschaffung und Unterhalt der Fahrzeuge, Versicherungen, Betriebskosten sowie die Bereitstellung eines sicheren Stellplatzes oder einer E-Ladestation sind aufwändig und erfordern sorgfältige Planung. Dazu kommen organisatorische Hürden: Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings, fehlende digitale Lösungen für Fahrtenbuchungen und Administration oder auch rechtliche Unsicherheiten verlangen den Verantwortlichen ein hohes Maß an Engagement ab. In vielen dieser Bereiche kann die Gemeinde unterstützen. Der Nutzen für die Gemeinschaft dabei liegt auf der Hand: Fahrtendienste sichern Mobilität, ermöglichen Teilhabe am sozialen Leben und unterstützen die Alltagsversorgung, insbesondere für ältere Menschen. Sie tragen dazu bei, Isolation zu verhindern und die Gemeinde als Ort des Miteinanders zu stärken. Wo Ehrenamtliche diese Aufgaben übernehmen, entsteht ein Angebot, das weit über den reinen Transport hinausgeht: es ist ein Stück gelebte Solidarität im Alltag. ■■■

■ ÄRZTLICHE VERSORGUNG

Was Telemedizin leisten kann – und was nicht

Die Probleme medizinischer Versorgung in vielen Gemeinden sind bekannt: Ärztemangel, weite Wege zur nächsten Facharztpraxis, überlastete Notaufnahmen. Kann Telemedizin diese Lücken schließen?

■ VON HELMUT REINDL

Unter Telemedizin versteht man die medizinische Versorgung über digitale Kanäle: Videokonsultationen, die Übermittlung von Befunden und Messwerten, Verlaufskontrollen per App oder die Ferndiagnose anhand von Fotos.

Kein Ersatz für persönliche ärztliche Betreuung

Telemedizin ist aber kein Parallelangebot und kein Ersatz für persönliche ärztliche Betreuung, stellt Alexander Moussa, bei der Ärztekammer Leiter des Referates für e-Health in Ordinationen und Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Telemedizin (ÖGTeled), klar. „Telemedizin ist in erster Linie eine Ergänzung zur klassischen medizinischen Versorgung und keine Notlösung für fehlende Ressourcen“, sagt er. „Sie entfaltet ihre Wirkung dort, wo sie strukturiert, ärztlich verantwortet und sinnvoll in bestehende Versorgungsprozesse integriert ist.“ Besonders geeignet ist Telemedizin aus seiner Sicht für Verlaufskontrollen, Nachbesprechungen, Medikationsanpassungen und die Betreuung chronisch kranker Patientinnen und Patienten.

Auch in der Prävention sieht Moussa Potenzial: etwa, wenn Patientinnen und Patienten ihre Messwerte aus Gesundheits-Apps mit ihrer Ärztin oder ihrem Arzt besprechen. Länder wie Dänemark und Estland zeigen, wie das gelingen kann: Dort ist Telemedizin kein Sonderprogramm, sondern Teil der Regelversorgung – gesteuert über die Primärversorgung, mit klaren Rollen und klarer Verantwortung.

Projekte für den ländlichen Raum

Gerade im ländlichen Raum bietet Telemedizin Möglichkeiten zur Verbesserung der medizinischen Versorgung: Sie spart Patientinnen und Patienten lange Anfahrtswege, verkürzt Wartezeiten und ermöglicht bessere Kontinuität in der Betreuung.

Als Beispiel nennt Alexander Moussa die „Tele-

dermatologie“ in der Steiermark. Hausärzte können dort über ein sicheres digitales Portal Fotos von auffälligen Hautstellen übermitteln. Hautärzte liefern dann innerhalb von 48 Stunden eine Rückmeldung. „So haben wir schon sehr vielen Patientinnen und Patienten mit sehr schwierigen und problematischen Diagnosen umgehend rasch helfen können“, berichtet Moussa.

Ein weiteres Beispiel ist das 2012 gestartete Programm „Herzmobil Tirol“, das sich an Patientinnen und Patienten mit drohender oder manifester kardialer Dekompensation richtet. Über eine Smartphone-App übermitteln sie Gesundheitsparameter an ein Betreuungsteam. Die absolute Risikoreduktion bei der Sterblichkeit beträgt in zwölf Monaten 16 Prozent. Das Programm wird unter anderem vom Tiroler Gemeindeverband unterstützt und wurde mittlerweile in der Steiermark und in Niederösterreich ausgerollt.

Woran es mangelt

Vorteile der Telemedizin können aber nicht genutzt werden, wenn es Patientinnen und Patienten an digitaler Kompetenz fehlt, wie es gerade bei älteren Menschen – also solchen, für die telemedizinische Angebote interessant sein könnten – oft der Fall ist.

Alexander Moussa weist auch darauf hin, dass Datenschutzbedenken ernst genommen werden müssen. Und nicht zuletzt funktioniert Telemedizin nicht ohne stabiles Breitbandinternet – in vielen ländlichen Gemeinden ist das noch ein Problem.

Am schwersten wiegt aus Sicht des Experten eine politische Fehleinschätzung: Manche Politikerinnen und Politiker glauben, dass Telemedizin das Problem des Ärztemangels löst. „Der

☑ Vorteile der Telemedizin können nicht genutzt werden, wenn es Patientinnen und Patienten an digitaler Kompetenz fehlt.



Alexander Moussa

Leiter des Referates für e-Health in Ordinationen bei der Ärztekammer und Generalsekretär der ÖGTeled



Hausarztmangel per se wird sich damit aber nicht lösen lassen, da Telemedizin eine medizinische Versorgung vor Ort niemals ersetzen kann“, stellt Moussa nochmals klar. Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kleiner Gemeinden sei letztlich nur mit einem niedergelassenen Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag geholfen.

Bürgermeister und Arzt in einer Person

Peter Klar kann das Thema aus zwei Perspektiven betrachten: Er ist Anästhesist, Mitgründer eines Primärversorgungszentrums – und Bürgermeister von Laab im Walde (siehe auch Seite 4).

Er teilt Moussas Einschätzung, dass Telemedizin vor allem dort Mehrwert schafft, wo sie bestehende Strukturen ergänzt. Für mobilitätseingeschränkte Patientinnen und Patienten sei sie besonders wertvoll: „Sie behalten den Kontakt zum Hausarzt und können viele Anliegen einfach online erledigen.“ Auch Berufstätige würden profitieren, wenn nicht jeder Termin einen persönlichen Besuch erfordert.

Streit um Telemedizin-Ambulatorium

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) hat die Einrichtung eines bundesweiten telemedizinischen Ambulatoriums ausgeschrieben. Im Rahmen eines Public-Private-Partnership-Modells soll ab 2027 ein privater Partner eine Videokonsultationsplattform aufbauen und betreiben – zunächst in der Allgemeinmedizin, später auch in der Dermatologie und Inneren Medizin. Die Ärztekammer NÖ übt scharfe Kritik: Telemedizin sei eine sinnvolle Ergänzung, dürfe aber keine Ersatzstruktur zur wohnortnahen Betreuung werden. Die persönliche Arzt-Patienten-Beziehung sei gerade in ländlichen Regionen unverzichtbar. Zudem würden Nicht-ÖGK-Versicherte ausgeschlossen. Callcenter könnten die kontinuierliche hausärztliche Versorgung nicht ersetzen und führten zu mehr Tests und Kosten. Auch die Bundesländer pochen auf Mitsprache bei einer Strukturreform.



Klar betont, dass Digitalisierung in der Medizin weit mehr bedeutet als Videotelefonie. Wichtig sei es, dass Patientinnen und Patienten über Portale Termine buchen, Befunde hochladen und Rezepte bestellen können.

Innovative Projekte scheitern aber oft an der Finanzierung. So berichtet Peter Klar, dass die Vereinigung für Primärversorgung und Digitalisierung APCA versucht, Telemedizin mit der Hotline 1450 zu verbinden. 30.000 Euro wären dafür nötig, aber bisher scheitert das Projekt am fehlenden Geld, weil sich keine Stelle dafür zuständig fühlt. „Jeder findet das gut, aber niemand kann es bezahlen“, bedauert er. Wie auch Alexander Moussa fordert er eine Finanzierung aus einer Hand.

Telemedizin in Strukturen integrieren

Beide Ärzte sind überzeugt: Telemedizin bietet Vorteile, wenn sie gezielt eingesetzt wird. Sie kann Wege verkürzen, Wartezeiten reduzieren und Abläufe verbessern. Sie eignet sich für Verlaufskontrollen, einfache Abklärungen und die Begleitung chronischer Erkrankungen. Eine wohnortnahe Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten bleibt Grundlage jeder medizinischen Betreuung im ländlichen Raum. Telemedizin ist damit ein Werkzeug. Ihr Nutzen hängt davon ab, wie gut sie in bestehende Strukturen eingebunden ist, wie klar die Finanzierung geregelt ist und ob technische Voraussetzungen erfüllt sind. ■■■

Telemedizin kann Wege verkürzen, Wartezeiten reduzieren und Abläufe verbessern, ist aber keine Alternative zum Hausarzt.



“Digitalisierung in der Medizin ist **mehr als Videotelefonie.**“



Peter Klar
Arzt und Bürgermeister von
Laab im Walde

■ CLEVER BEZAHLEN

Mit dem digitalen Euro bares Geld sparen

Der digitale Euro würde Bargeld nicht ersetzen, sondern als digitale Form von Bargeld zusätzlich zur Verfügung stehen.

Der digitale Euro ist in aller Munde. Viele fragen sich: Wie soll das funktionieren? Welche Auswirkungen hat eine mögliche Einführung des digitalen Euro auf unser Geld und unsere Finanzgebarungen? Es gibt viele Für und Wider, aber vor allem Befürchtungen und Mythen, die weitgehend unbegründet sind.  VON GERHARD SENGSTSCHMID

Warum braucht Europa den digitalen Euro? Die Antwort ist einfach: Wir kaufen immer öfter online, zahlen mit Karte oder Smartphone und verwenden immer seltener Bargeld. Der digitale Euro, ausgegeben von der Europäischen Zentralbank (EZB), würde Bargeld nicht ersetzen, sondern stünde als digitale Form von Bargeld zusätzlich zur Verfügung. Er wäre im gesamten Euroraum gültig und hätte, wie Bargeld auch, den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels.

Mehr Sicherheit für Europa

Ein wichtiges Plus für den digitalen Euro wäre, dass Europa beim bargeldlosen Bezahlen nicht mehr ausschließlich auf Systeme angewiesen wäre, die sich nicht in europäischer Hand befinden. Der digitale Euro wäre „echtes“ Geld ohne Kontrolle durch ein privates Unternehmen. PayPal, Apple Pay oder Kreditkarten-Anbieter hingegen beschränken sich darauf, Geld zu bewegen. Sie sind private Unternehmen, die ihre Firmensitze hauptsächlich in den Vereinigten Staaten haben. „Visa und Mastercard sind die großen Platzhirsche beim digitalen Bezahlen. Sie können hohe

Gebühren von den Händlern verlangen, die ihren Dienst nutzen. Jedes Jahr fließen so 14 Milliarden Euro von Europa in die USA. Wenn mit dem digitalen Euro bezahlt wird, fallen diese Gebühren weg“, bringt es Josef Meichenitsch, der zuständige Direktor der Österreichischen Nationalbank für den digitalen Euro, auf den Punkt.

Auch Offline-Zahlungen wären möglich

Die Nutzung des digitalen Euro wäre kein Hexenwerk. Mit einer Zahlungskarte oder einem digitalen Portemonnaie (Wallet), das via App auf dem Smartphone installiert wird, könnten Zahlungen im Internet oder im Geschäft – kontaktlos mit dem Handy – unkompliziert und verlässlich getätigt werden. Auch Offline-Zahlungen zwischen zwei Privatpersonen würden durchführbar sein, beispielsweise von Handy zu Handy, ähnlich einer direkten Geldübergabe. Man müsste dafür nur die Wallet auf dem Smartphone mit einem gewissen Betrag aufladen, entweder per Überweisung vom Bankkonto oder bar am Geldautomaten. Und schon könnte man – ganz ohne Internetverbindung – mit dem lokal am Handy



© David Schreiber

„Unsere Kundinnen und Kunden müssen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie bar, mit Karte oder mit digitalem Euro bezahlen.“



Rainer Kuhnle
Generaldirektor der
Volksbank Niederösterreich

gespeicherten Geld bezahlen. Da die Transaktion ausschließlich zwischen den beiden Handys abgewickelt würde, wäre sie ähnlich anonym wie eine Bargeldzahlung.

Mit dem digitalen Euro sparen und billiger bezahlen

Geldtransaktionen könnten in Zukunft so nicht nur schneller und sicherer, sondern auch billiger abgewickelt werden. Der digitale Euro ist darauf ausgelegt, die Kosten im Zahlungsverkehr zu senken und somit zur kostengünstigeren bzw. kostenlosen Alternative zu privaten, teureren Zahlungsdienstleistern zu werden. Für Verbraucher sollen bei der Nutzung im Euroraum keine Gebühren anfallen, Händler sollen ebenfalls günstiger aussteigen. Durch die Nutzung einer europäischen Infrastruktur würden Abhängigkeiten von nicht-europäischen Anbietern reduziert.

Was sind die Befürchtungen?

Skeptiker haben Angst, dass der digitale Euro problematisch hinsichtlich Datenschutz und Privatsphäre sein könnte. Staatliche Kontrolle und eine Dokumentation der Finanzgebühren der Bürgerinnen und Bürger könnten stattfinden. Ein weiterer Einwand von Kritikern ist, dass das Bankensystem gefährdet werden könnte. Und auch vermehrte technische Risiken werden immer wieder ins Treffen geführt. Die EZB wird nicht müde zu betonen, dass der digitale Euro den Datenschutz gewährleistet und keine staatliche Überwachung der Privatsphäre erfolgt. Es wird auch versichert, dass der digitale Euro nicht programmierbar sein wird.

Skepsis bei den Banken

Die Banken stehen einer Einführung des digitalen Euro überwiegend abwartend bis skeptisch gegenüber. Sie fürchten, dass der digitale Euro Risiken für ihr traditionelles Geschäftsmodell bringen könnte. Provisionen und Transaktionsgebühren durch Kartenzahlungen könnten durch vermehrten Einsatz des digitalen Euro zu Umsatzrückgängen bei den Banken führen. Zudem ist zu erwarten, dass die technische Integration des digitalen Euro mit Investitionskosten für die Banken verbunden sein wird. Rainer Kuhnle, der Generaldirektor der Volksbank Niederösterreich, spricht sich für eine

zurückhaltende Einführung aus: „Die geplante digitale Zentralbankwährung greift tief in das europäische Finanzsystem ein und ist nur sinnvoll, wenn ein klarer Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger erkennbar ist.“ Er betont, dass eine gründliche Prüfung notwendig ist, um das Vertrauen in den Euro zu sichern. Bestehende europäische Zahlungslösungen sollten laut Kuhnle vorrangig gestärkt werden. Zudem sei offen, ob Kundinnen und Kunden den digitalen Euro annehmen würden. „Wesentlich ist, dass die Wahlfreiheit gesichert bleibt“, so Kuhnle. „Unsere Kundinnen und Kunden müssen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie bar, mit Karte oder mit dem digitalen Euro bezahlen.“

Einführung bereits 2029?

Laut einer Pressemitteilung der EZB wäre eine potenzielle Erstaussgabe des digitalen Euro 2029 möglich, dafür müssten aber noch heuer entsprechende Rechtsvorschriften in Kraft treten. „Der Euro ist ein vertrautes Zeichen der europäischen Einheit“, betont EZB-Präsidentin Christine Lagarde in derselben Aussendung. „Wir arbeiten daran, seine greifbarste Form, das Euro-Bargeld, fit für die Zukunft zu machen, indem wir unsere Banknoten neu gestalten und modernisieren und uns auf die Ausgabe von digitalem Geld vorbereiten.“

Welche Vorteile gäbe es für Gemeinden?

Auch für Gemeinden und Behörden würde der digitale Euro Vorteile bringen. Zahlungen wie Gebühren oder Steuern könnten schneller und rund um die Uhr abgewickelt werden, was weniger Verwaltungsaufwand bedeuten würde. Auch beim Thema finanzielle Inklusion und Universalität könnte der Euro punkten, und mit ihm die Gemeinden. Da er für alle zugänglich sein soll, auch für Personen ohne klassisches Bankkonto, wären Auszahlungen wie zum Beispiel Sozialleistungen unkompliziert an alle Bürgerinnen und Bürger möglich. ÖNB-Direktor Josef Meichenitsch fasst zusammen: „Der digitale Euro wird eine zusätzliche Möglichkeit sein, wie Sie unkompliziert, verlässlich und sicher digital bezahlen können. Er bringt alle Vorteile, die auch unser Bargeld hat: Sie zahlen ohne Gebühren, Ihre Daten sind sicher und er kann bequem übers Handy oder eine eigene Karte verwendet werden.“ ■■■



© Evelyn Lynam

“Der digitale Euro wird eine zusätzliche Möglichkeit sein, wie Sie **unkompliziert, verlässlich und sicher digital bezahlen können.**”



Josef Meichenitsch
Mitglied des Direktoriums der
Österreichischen
Nationalbank

Umfassende Reform der NÖ Bauordnung seit 1. März 2026 in Kraft

Einen großen und nachhaltigen Wurf für Bauen und Sanieren erwarten sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Kurt Hackl mit der umfassenden Reform der NÖ Bauordnung. Nachdem die Neuregelungen im vergangenen Jahr im NÖ Landtag beschlossen wurden, traten die neuen Vorgaben mit 1. März 2026 landesweit in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt sind alle neu eingebrachten Bau- und Sanierungsvorhaben nach den Bestimmungen der aktualisierten NÖ Bauordnung zu bewerten und abzuwickeln.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Kurt Hackl unterstreichen die Zielsetzung der Reform: „Wir haben mit Hausverstand bestehende Regeln hinterfragt und in einem umfangreichen Prozess zahlreiche Vorschriften gestrichen sowie an die heutigen Gegebenheiten angepasst.“ Für die Landeshauptfrau ist es dabei besonders wichtig, die Häuslbauerinnen und Häuslbauer im Land gezielt zu unterstützen: „Mit der Reform der NÖ Bauordnung geben wir unseren Landsleuten mehr Möglichkeiten, über ihr Eigentum frei entscheiden zu können. Neue Nutzungen sind leichter umsetzbar, Behördenwege werden vereinfacht und reduziert. Davon profitieren insbesondere die Häuslbauer im ganzen Land.“

Projekte werden einfacher umsetzbar

Projekte, die bisher nur schwer oder aus finanziellen Gründen nicht attraktiv umsetzbar waren, werden durch die neuen Regelungen nun möglich. Gleichzeitig sollen dadurch neue Impulse in der Baubranche sowie bei den Wohnbauträgern gesetzt werden.

Klubobmann Hackl betont in diesem Zusammenhang: „Wir werden in Zukunft mehr Wohnraum auf weniger Fläche ermöglichen, indem wir etwa die geringfügige Überbauung der Bauklassen erleichtern. Dadurch wird in der Regel ein drittes Vollgeschoss möglich. Durch eine bessere Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Flächen gehen wir sorgsam und schonend mit Grund und Boden um.“

Was möglich wird

Durch die Reform wird es nun beispielsweise möglich, in einem Mehrparteienhaus einen bisher ungenutzten Dachboden auszubauen, um zusätzlichen Wohnraum in Form neuer Wohneinheiten zu schaffen. Die dafür bislang möglicherweise notwendige Verbreiterung des Stiegenhauses kann künftig entfallen – stets



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Kurt Hackl freuen sich über die Entlastung für Häuslbauer und Unternehmer.

unter der Voraussetzung, dass es zu keiner wesentlichen Verschlechterung der Sicherheit kommt.

Eigentum wird nachhaltig gestärkt

Wichtig ist für Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zudem, dass Eigentum nachhaltig gestärkt wird: „Gerade junge Landsleute sind heute zunehmend darauf angewiesen, bestehende Häuser zu sanieren, um neuen Wohnraum zu schaffen. Ihnen wollen wir mit dieser Reform das Leben spürbar erleichtern.“

Die neue NÖ Bauordnung wird künftig nur mehr zwischen bewilligungsfreien und bewilligungspflichtigen Bauvorhaben unterscheiden. Bei bewilligungspflichtigen Vorhaben kann es unter bestimmten Voraussetzungen auch ein vereinfachtes Verfahren geben. Dazu betont Klubobmann Hackl: „In Summe werden künftig mehr Projekte bewilligungsfrei möglich sein, und für all jene Vorhaben, die einer Bewilligung bedürfen, wird gleichzeitig mehr Rechtssicherheit geschaffen.“ ■■■

“Wer investieren will, soll nicht durch unnötige Regeln blockiert werden – wir haben deshalb die **NÖ Bauordnung umfassend entrümpelt.**“



Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

■ FAIRE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR NIEDERÖSTERREICH:

Kassenarztstellen gehören gerecht verteilt

Die Gesundheitsversorgung ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen für Niederösterreich. Gerade bei den Kassenarztstellen zeigt sich, wie wichtig eine faire und bedarfsgerechte Planung ist.

Die jüngst bekannt gewordene geplante Neuverteilung zusätzlicher Stellen durch die Österreichische Gesundheitskasse sorgt für großes Unverständnis: 215 neue Kassenarztstellen sollen in Wien entstehen, während die übrigen acht Bundesländer zusammen lediglich 155 erhalten – Niederösterreich weniger als 80.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner findet dazu klare Worte: „Beinahe jeden Tag erhalten wir in den Bundesländern eine neue Nachricht, in der wir erleben, wie Wien bevorzugt wird.“ In Wien leben rund 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung, vorgesehen sind jedoch rund 60 Prozent aller neuen Kassenärzte. „Wo ist hier die Relation? Auch in den niederösterreichischen Gemeinden gibt es einen Bedarf nach mehr Kassenstellen. Warum wird Wien in Gesundheitsfragen einmal mehr bevorzugt und man vergisst auf die Patientinnen und Patienten in den übrigen Bundesländern?“, fragt Mikl-Leitner.

Es geht um flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Für Niederösterreich geht es um die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung. Mehr Kassenarztstellen bedeuten kürzere Wartezeiten, eine stärkere hausärztliche Betreuung und eine nachhaltige

Entlastung der Spitäler – insbesondere im ländlichen Raum. Ziel ist eine Planung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Menschen orientiert.

Zeichen in Richtung Wien

Gleichzeitig verschärft die Volkspartei Niederösterreich die Schlagzahl in der Debatte um die Behandlung niederösterreichischer Patientinnen und Patienten in Wiener Spitälern. Mit der Kampagne „Schluss mit Blockieren. Wien muss operieren!“ wird ein klares Zeichen in Richtung der Wiener Stadtregierung gesetzt. „Es kann nicht sein, dass ausländische Staatsbürger mit einem Wiener Meldezettel behandelt werden, obwohl sie nie einen Cent ins System eingezahlt haben – Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher aber nicht“, betont die Landeshauptfrau.

Jetzt online unterstützen

Am Ende steht eine klare Forderung: eine gerechte Verteilung der Kassenarztstellen und eine Gesundheitsversorgung, bei der der Meldezettel keine Rolle spielt. Denn medizinische Betreuung darf keine Frage des Wohnortes sein, sondern muss allen Landsleuten gleichermaßen offenstehen.

Unter gastpatienten.at kann diese Kampagne von allen unterstützt werden, die auf Gerechtigkeit für unsere Landsleute pochen wollen. ■■■

“Beinahe jeden Tag erhalten wir in den Bundesländern eine neue Nachricht, in der wir erleben, wie Wien bevorzugt wird

Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

AKADEMIE 2.1

Erfahren, wofür Bürgermeister alles zuständig sind

Seminar-Empfehlungen für die persönliche Weiterbildung.

Ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister wirklich für alles zuständig? Die Frage behandelt die Akademie 2.1 u.a. im Rahmen des Seminars „Das BGM-Seminar – Ein Streifzug durch die Zuständigkeiten“.

Ein Rechtsanwalt und ein erfahrener Kommunalpolitiker begleiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Dschungel der Zuständigkeiten und schaffen Klarheit im Amtsalldag.

In weiteren Seminaren widmen sich die teilnehmenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der **neuen Bauordnung** und werfen einen Blick auf den „Betrieb Gemeinde“. Konkret werden folgende Themen und Termine (jeweils 9-13 Uhr) angeboten:

Die NÖ Bauordnung in der Praxis – Worauf als BürgermeisterIn schauen?

- 19.3.** Hotel Restaurant Schwartz,
2624 Breitenau am Steinfeld (NK)
- 12.11.** Landhotel Schustermühle,
Seefeld 59-60, 2062 Seefeld-Kadolz (HL)

Das BGM-Seminar – Ein Streifzug durch die Zuständigkeiten

- 8.4.** Hotel Seeland, Goldegger Str. 114,
3100 St. Pölten-Waitzendorf (PL)
- 22.10.** Brauhotel Weitra, Rathausplatz 6,
3970 Weitra (GD)

Städte & Gemeinden aus betriebswirtschaftlicher Sicht

- 12.5.** Bildungsakademie Weinviertel,
Kirchenplatz 1, 2191 Gaweinstal (MI)
- 8.10.** Hubertushof Fromwald,
Wiener Neustädterstraße 20,
2721 Bad Fischau (WN)

Steuerrechtliche Optimierungen für Städte & Gemeinden (Webinar)

8.10., 9.00 bis 11 Uhr

Alle Termine und Details sind auf der Website akademie21.at zu finden! ■■■



SEMINARE UND WEBINARE

- 24.3.** **Oppositionsarbeit:** Positionierung – Profilierung – Professionalisierung
- 9.4.** **Social Media II:**
Smarte Strategien für Fortgeschrittene
- 11.4.** **Power Rhetorik & Storytelling**
- 15.4.** **Social Media: Beiträge professionell mit Canva gestalten** (Spezialisierung)
- 18.4.** **Die Meisterklasse der Kommunikation und ihre Königsdisziplinen**
- 21.4.** **Social Media: Videocontent produzieren leicht gemacht** (Spezialisierung)
- 27.4.** **Social Media: Setup & Optimierung von Facebook- und Instagram-Profilen** (Spezialisierung)
- 9.5.** **Webinar: Der Prüfungsausschuss**
(Die Prüfung in der Praxis)
- 20.5.** **Social Media: Beiträge professionell mit Canva gestalten** (Spezialisierung)
- 21.5.** **Webinar: „Wissensnuggets“ zur Rhetorik:**
Achtung Killerphrasen!
- 26.5.** **Social Media: WhatsApp als strategischer Partner – Bürgernaher Service** (Spezialisierung)



Information

Akademie 2.1
02742 / 9020 – 1620
office@akademie21.at
www.akademie21.at



SERVICE

WhatsApp-Broadcast der Akademie 2.1

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

1. Schritt:

0664/884 715 48 als „Akademie 2.1“ im Handy speichern

2. Schritt:

WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden

Gemeindebeteiligungen und Gesellschaftsrecht im Fokus

Die modulare Fortbildungsreihe „Gemeindebeteiligungen & Gesellschaftsrecht@online“ der Kommunalakademie NÖ bietet einen Überblick über verschiedene Kooperationsformen und den aktuellen Stand des Gesellschaftsrechts.

In Zeiten knapper Kassen und wachsender Aufgaben ist die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg keine nette Zusatzoption mehr, sondern eine strategische Notwendigkeit. Komplexe Rechtsformen und interkommunale Zusammenarbeit sind der Schlüssel zur regionalen Zukunftsfähigkeit. Doch wo liegen die rechtlichen Grenzen und wie lassen sich Synergien optimal nutzen?

Die Anforderungen an moderne Kommunen wachsen stetig: Kostendruck, Innovationszwang und rechtliche Haftungsrisiken erfordern fundiertes Fachwissen. Die dreiteilige Seminarreihe der Kommunalakademie NÖ bietet Gemeindevorständen und Bediensteten das nötige Werkzeug für strategische Entscheidungen und rechtssicheres Handeln.

Rahmenbedingungen von Gemeindeverbänden und Verwaltungsgemeinschaften

Im ersten Modul werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Gemeindeverbänden und Verwaltungsgemeinschaften beleuchtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfahren, wie derartige Kooperationen die Effizienz steigern und Synergieeffekte erzielen können. Zudem wird veranschaulicht, wie durch Kooperationen die Umsetzung übergreifender, innovativer Projekte gelingen kann. Erläutert wird auch, wie die Regionalentwicklung durch Kooperationen gestärkt werden kann.

Unternehmerische Tätigkeit von Gemeinden

In Modul 2 setzt man sich mit der unternehmerischen Tätigkeit von Gemeinden auseinander. Zwar nutzen viele Gemeinden immer häufiger privatwirtschaftliche Rechtsformen, doch der Wechsel vom Sitzungssaal in den Aufsichtsrat ist mit weitreichenden rechtlichen Konsequenzen verbunden.

Welche Rechtsform eignet sich für welches kommunale Vorhaben? Welche Vorteile bietet eine Ausgliederung? Welche Finanzierungswege und steuerlichen Aspekte sind zu



© VK Studio - stock.adobe.com

Im ersten Modul werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Gemeindeverbänden und Verwaltungsgemeinschaften beleuchtet.

beachten? Welche Rechte und Pflichten habe ich im Aufsichtsrat? In diesem Modul erhält man das notwendige Rüstzeug, um die Vorteile von Beteiligungen voll auszuschöpfen und die Rolle als Gemeindevertreter rechtssicher auszuüben.

Public-Private-Partnership und Contracting-Modelle

Das derzeit in Planung befindliche dritte Modul ist die perfekte Ergänzung für Gemeinden, die finanziellen Spielraum zurückgewinnen und moderne Infrastrukturprojekte realisieren wollen. Gezeigt wird, wie man durch Kooperationen mit privaten Partnern Projekte effizient realisieren und nachhaltig Kosten senken kann: von der Schulsanierung bis zum Bau von Freizeiteinrichtungen oder Amtsgebäuden, von der Sanierung der Straßenbeleuchtung bis zur Heizungsumstellung. Dieses Modul soll die Rahmenbedingungen und Vorteile von Public-Private-Partnership und Contracting-Modellen aufzeigen. ■■■

Information

Die jeweils dreistündigen Online-Veranstaltungen können auf der Homepage der Kommunalakademie NÖ unter der Rubrik „kommak@online“ gebucht werden. Jedes Modul ist auch einzeln buchbar.

Als Termine dieser Webinare sind vorgesehen:

1. Modul: 23. März 2026 (13:00 Uhr – 16:00 Uhr),

2. Modul: 13. April 2026 (9:00 Uhr – 12:00 Uhr).

Das 3. Modul ist derzeit in Planung und wird demnächst zur Anmeldung freigeschaltet.

www.kommak-noe.at

■ VERANSTALTUNG

Kommunalwirtschaftsforum heuer in Krems

Vom 21. bis 23. April 2026 wird Krems an der Donau zur Drehscheibe für kommunale Innovation. Das Kommunalwirtschaftsforum versammelt nicht nur 200 Entscheidungsträger aus österreichischen Gemeinden, sondern auch eine beeindruckende Riege an Expertinnen und Experten. Von disruptivem Denken über Digitalisierung und rechtliche Fragen rund um KI bis zu handfesten Finanzlösungen – die Speakerliste verspricht Input, der direkt in den Gemeindealltag übertragen werden kann.

Das Kommunalwirtschaftsforum hat sich in den letzten Jahren zu einem Top-Event für Bürgermeister und Gemeindevertreter entwickelt. Heuer findet die Veranstaltung im Hotel Steigenberger in Krems statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet ein hochkarätiger Mix aus Wissenschaft, Verwaltung und Change-Management. Die Eröffnungsskeynote übernimmt Markus Petzl, der sich einen Namen gemacht hat, indem er genau dort ansetzt, wo andere noch in alten Mustern denken. Als Berater für disruptiven Wandel verbindet er Frechheit mit Kompetenz und Disruption mit Strategie. Seine Methode: „Moonshooting“ – sich das scheinbar Unmögliche vorzunehmen und dann die Wege dorthin zu entwickeln. Für Gemeinden, die zwischen Budgetdruck, Digitalisierungszwang und Erwartungshaltung der Bürger navigieren müssen, könnte dieser Input zum entscheidenden Impuls werden.

KI-Ethik als strategische Kompetenz

Marlon Possard bringt mit seinem Kurzvortrag „KI, Recht und Ethik im 21. Jahrhundert“ eine dringend benötigte Dimension ins Forum. Der Rechtswissenschaftler hat sich in kürzester Zeit als einer der führenden Köpfe an der Schnittstelle von KI, Recht und Verwaltungsethik etabliert. Possard bewegt sich genau dort, wo die drängendsten Fragen der digitalen Transformation auf konkrete Verwaltungspraxis treffen. Für Gemeinden, die zunehmend KI-gestützte Systeme einsetzen – sei es bei der Bewerberauswahl, bei Bürgerservices oder in der Datenanalyse – ist Possards Expertise von

Karoline Mitterer ist eine der führenden Expertinnen für Gemeindefinanzen.

© KDZ



unmittelbarer Relevanz. Er macht deutlich: Die KI-Verordnung der EU ist erst der Anfang. Gemeinden brauchen nicht nur technisches Verständnis, sondern auch ethische Reflexion und rechtliche Absicherung.

Haushaltskonsolidierung als Gestaltungsaufgabe

Karoline Mitterer vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung widmet sich in ihrer Keynote einer der drängendsten Fragen österreichischer Gemeinden: „Haushaltskonsolidierung, Reformen, Gemeindefusionen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“. Als Koordinatorin für öffentliche Finanzen und Föderalismus kennt Mitterer die dramatischen Zahlen: Fast jede zweite Gemeinde in Österreich ist mittlerweile eine Abgangsgemeinde, die ihre laufenden Ausgaben nicht mehr durch eigene Einnahmen decken kann. Mitterer bleibt nicht beim Problemaufriss stehen: In ihren Analysen entwickelt sie konkrete Handlungsoptionen – von Gemeindegkooperationen in der Kinderbetreuung über smarte Tourenplanung bei der Müllabfuhr bis zu Bürgerbudgets, die Einsparpotenzial schaffen und gleichzeitig das Verantwortungsgefühl vor Ort fördern. Ihre Botschaft: Konsolidierung ist keine reine Sparvorgabe, sondern eine Gestaltungsaufgabe, die mit klugen Strategien bewältigt werden kann.

Vom Reagieren zum Gestalten

Am Ende des ersten Veranstaltungstages wird Thomas Pisar der Frage auf den Grund gehen, wie der Übergang vom permanenten Reagieren zum aktiven Gestalten gelingen kann.

Der Physiker und ehemalige CIO bei A1 Telekom Austria kennt beide Seiten der Medaille aus 25 Jahren in der Technologiebranche.

KOMMUNAL
Wirtschaftsforum

Aktion
für Leser der
NÖ Gemeinde

- Anmeldung unter: www.kommunalwirtschaftsforum.at/anmeldung_gemeinde
- Bei der Ticketanmeldung (Eingabe der Daten) den Gutscheincode **NÖGX20** im dafür vorgesehenen Feld („ich habe einen Aktionscode erhalten“) eingeben
- Auf „Weiter“ klicken
Im nächsten Schritt wird der rabattierte Preis angezeigt, bitte die Anmeldung abschließen.

Oder direkt hier anmelden:



Der wahre Hebel für nachhaltigen Wandel liegt nicht in der Technik, sondern im sozialen System – in der Art, wie Menschen zusammenarbeiten, denken und führen.

Er fragt: Sind Ihre Menschen bereit für Veränderung? Haben Sie Change als Routine-Skill in der Organisation verankert? Seine wöchentliche Kolumne „Pisar Studien“ in der „Presse“ zeigt, wie er komplexe Zusammenhänge auf den Punkt bringt – oft mit einer Prise Humor, die den Ernst der Lage nicht mindert, aber erträglicher macht.

Geopolitik trifft kommunale Realität

Die Folgen geopolitischer Verschiebungen sind längst in den Rathäusern angekommen: Flüchtlingsbewegungen, Energieknappheit, Lieferkettenprobleme, Cyberbedrohungen, Blackout-Vorsorge.

Mit Oberst Markus Reisner vom



Bundesheer holt das Kommunalwirtschaftsforum einen der bekanntesten Sicherheitsexperten des deutschsprachigen Raums nach Krems. Er versteht es wie kaum ein anderer, die großen strategischen Linien mit konkreten Auswirkungen zu verbinden.

Reisner bringt aber auch Expertise mit, die weit über militärische Taktik hinausgeht. Seine Forschungsschwerpunkte – von unbemannten Systemen über hybride Kriegsführung bis zu den Auswirkungen von Konflikten auf zivile Infrastruktur – haben direkte Relevanz für die Krisenvorsorge in Gemeinden.

In einer Zeit, in der sich die internationale Ordnung fundamental verschiebt, liefert der Militärexperte jene nüchterne Analyse, die Entscheidungsträger brauchen, um ihre Gemeinden resilient aufzustellen – ohne Panikmache, aber mit klarem Blick auf die Realität. ■ ■ ■

Markus Reisner ist seit Beginn des Ukraine-Kriegs DAS Gesicht militärischer Expertise in Österreich.

Die Profis vom Land



Maschinenring

PHOTOVOLTAIK IM FRÜHJAHR: SAUBERE MODULE, VOLLE LEISTUNG

Um eine dauerhaft hohe Leistungsfähigkeit von Photovoltaikanlagen sicherzustellen, ist eine regelmäßige Überprüfung und Reinigung der PV-Module empfehlenswert. Ablagerungen wie Staub, Pollen oder Umwelteinflüsse können die Energieerträge im Laufe der Zeit beeinträchtigen.

Eine professionelle, materialschonende Reinigung – etwa mit moderner Technologie – trägt dazu bei, die Funktionsfähigkeit der PV-Module zu erhalten und Ertragsverluste zu reduzieren.

Gerade zu Beginn der sonnenscheinreicheren Monate ist eine fachgerechte Reinigung empfehlenswert.

Maschinenring-Service NÖ-Wien eGen
15 Standorte in Niederösterreich
059060 300
service.noel@maschinenring.at

Kontaktieren Sie uns!



Praktisches Pflege-Wissen für zuhause

Im vergangenen Jahr hat das Hilfswerk eine neue Anlaufstelle für pflegende Angehörige geschaffen: Im Pflege-Lernzentrum in Krems werden Kurse für Pflege- und Betreuungsthemen geboten, bei denen die praktische Anwendung zuhause im Mittelpunkt steht. Das neue Jahr startet mit einem neuen Programm.



© Hilfswerk

Mit monatlichen Themenschwerpunkten rund um Pflege und Betreuung machen die Expertinnen und Experten des Hilfswerk Niederösterreich Wissen leicht zugänglich und direkt anwendbar. Das Bildungsangebot 2026 ist vielfältig: „Pflege und Betreuung bei Demenz“ steht im April am Plan, „Spezielle Pflege-Techniken“ im Mai, Themen wie Wundmanagement, Palliative Pflege oder Sturzprävention folgen bis Jahresende. Die Teilnahme ist auch online aus ganz Niederösterreich möglich!

Vor allem pflegenden Angehörigen will man damit Sicherheit im Pflegealltag vermitteln. Oft geht es dabei um grundlegende Fragen, wie richtiges Umbetten, einfache Pflege-Techniken oder ganz praktische Handgriffe. Aber auch Auszubildende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflege- und Betreuungsbereich können hier ihr Wissen vertiefen. Die Termine werden inhaltlich auf das Vorwissen der einzelnen Zielgruppen abgestimmt.

Das Pflege-Lernzentrum in der Karl-Eybl-Gasse 3a in Krems ist dabei weit mehr als ein gut

ausgestatteter Seminarraum: Denn um die praktische Pflege und Betreuung gleich zu üben, wurde eine 40 m² große, barrierefreie Lernwohnung mit Pflegebett, rollstuhlgerechter Küche, demenzsensiblen Bad und vielen Smart-Home-Funktionen eingerichtet. Die Räumlichkeiten können auch für eigene Schulungszwecke gemietet werden.

Neu im Jahr 2026: Jeden vierten Dienstag im Monat steht ein Thema aus der Aromapflege und deren vielfältige Anwendungsmöglichkeiten auf dem Programm – von Babys bis Senioren, von Schlaf bis Hautpflege. ■■■

Im Pflege-Lernzentrum werden grundlegende Fragen für die Pflege zuhause praxisnah und einfach vermittelt.

Information

Pflege-Lernzentrum Krems,

Karl Eybl-Gasse 3a, 3500 Krems

pflege-lernzentrum@noe.hilfswerk.at

Die Teilnahme ist auch online möglich!

Informationen unter www.pflege-lernzentrum.at

TIPP: Auf Wunsch stellt das Hilfswerk Informationsmaterial für Ihre Gemeinde zur Verfügung (Plakate, Folder etc.)

Abschluss des NÖ Politik Mentoring-Programms

Mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung in Asparn an der Zaya ging das NÖ Politik Mentoring-Programm 2025/26 zu Ende. 14 Mentee-Mentorinnen-Paare plus drei Paare, die zusätzlich einen Paten/eine Patin an der Seite stehen hatten, blickten gemeinsam auf ein intensives, lehrreiches und inspirierendes halbes Jahr zurück, das ganz im Zeichen der Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik stand.

Das Mentoring-Programm erstreckte sich

über sechs Monate und bot den Teilnehmerinnen ein umfassendes Weiterbildungs- und Vernetzungsangebot. Essenzieller Teil des Programms war der Austausch der Mentees mit Mentorinnen und Patin/Pate sowie die überparteiliche Vernetzung mit Amtskolleginnen aus anderen Gemeinden. Dabei soll der Erfahrungsaustausch von länger dienenden Politikerinnen und Politikern an die frischgebackenen Gemeinderätinnen angekurbelt werden. ■ ■ ■



Frauen-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister mit den Mentees und Mentorinnen beim Abschluss des NÖ Politik Mentoring-Programms 2025/2026.

Jahresschwerpunkte der Dorf- und Stadterneuerung

„Um den Gemeinden das Leben zu erleichtern und sie bei der Erneuerung von Dörfern und Städten zu unterstützen, stehen im Wesentlichen zwei Förderschienen zur Verfügung“, sagte LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf bei der Präsentation der diesjährigen Schwerpunkte der Dorf- und Stadterneuerung:

- Die Förderung „Lebendige Orte“ dient der Belebung der „Herzkammern“ des Gemeinschaftslebens. Sie beträgt bis zu 20.000 Euro.
- Die Förderung „Stolz auf unser Dorf“ unterstützt mit maximal 2.500 Euro Projekte wie Sanierungen oder die Revitalisierung von Dorfhäusern etc.

Als weitere Schwerpunkte nannte Pernkopf mehr persönlichen Service durch die neu geschaffenen Regionalberater, Unterstützung im Bereich der Digitalisierung und verstärkte Kooperationen etwa beim Beschaffungsservice.

Johannes Wischenbart, Geschäftsführer der Dorf- und Stadterneuerung, nannte als einreichbare Beispiele für die nächste

Tranche der Förderung „Stolz auf unser Dorf“ zwischen 27. März und 30. April die Sanierung von Dorfgemeinschaftshäusern, die Gestaltung und Begrünung öffentlicher Plätze, die Restaurierung kultureller Denkmäler sowie Bewegungsangebote.

Für 2026 kündigte Wischenbart ein Maßnahmenpaket mit weiteren Schwerpunkten an: Digitalisierung mit „Digi-Kompass“ und „Digi-Schmieden“, Gemeindekooperationen zur Kostenersparnis, Förderungen für Ortskernentwicklungsprojekte bis zu 20.000 Euro, das Beschaffungsservice, das beim Kauf von Elektroautos Einsparungen bis zu 3.000 Euro möglich macht, die Beratungsgespräche des Kommunalen Förderzentrums sowie der persönliche Kontakt mit den Regionalberatern und -beraterinnen. ■ ■ ■



Information

www.dorf-stadterneuerung.at

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter, MSc

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.,

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0
Burcin Hoffmann (Leitung)
burcin.hoffmann@kommunal.at

Hersteller:

Walstead Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort:

2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert:

12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust

an folgende Zielgruppen in NÖ:

Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



produziert gemäß Richtlinie Uz24 des Österreichischen Umweltzeichens,
Let's Print Holding AG, UW-Nr. 808



**Die bei uns geht
was weiter Bank.**

Die HYPO NOE finanziert mit Weitblick in Österreichs Gemeinden. Darum können auch kommende Generationen auf unsere innovativen kommunalen Lösungen bauen: vom Kindergarten bis hin zum Hochwasserschutz. Mehr dazu auf **hyponoe.at**